

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenseitige Petition oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Resten 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241.

Donnerstag, den 14. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Der Wahlkampf in Deutsch-Oesterreich.

Am 17. Oktober werden die Wahlen zur Deutschösterreichischen Nationalversammlung stattfinden. Der Wahlkampf hat schon lange mit größter Heftigkeit eingesetzt. Gar wohlgenut sind die bürgerlichen Parteien, vor allem die Christlich-Sozialen, in den Wahlkampf eingetreten. Hoffen sie doch, daß die reaktionäre Welle, die sich jetzt über Europa ergießt, sie bequem nach oben tragen würde. Sie hatten auch schon lange bevor die Wahlen ausgeschrieben waren, ihre Wahlarbeit begonnen. Eigentlich war ja alles, was sie seit den letzten Wahlen im Februar 1919, die die Sozialdemokratie, wenn auch nicht als Majorität, so doch als stärkste Partei in die Nationalversammlung gebracht hatte, nichts anderes gewesen als Wahlarbeit. Der Ausgang der Wahlen hatte die Sozialdemokraten gezwungen, eine Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen zu bilden, in der beide Parteien nahezu in derselben Stärke vertreten waren. Das hinderte die Christlich-Sozialen nicht, die Regierung als eine sozialistische Judenregierung hinzustellen und ihr alle Verantwortung für die Zustände in Oesterreich, für das Elend und die Teuerung zuzuschreiben. Als dann im Oktober eine förmliche Koalitionsvereinbarung zwischen den beiden Parteien abgeschlossen wurde, wurde ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen, daß beide Parteien sowohl für die allgemeine Politik der Regierung als auch für die einzelnen Regierungshandlungen die Verantwortung zu tragen hätten. Wieder ließen sich die Christlich-Sozialen nicht davon abhalten, in ihrer Agitation von der roten Regierung zu sprechen, die an allem die Schuld trage. Auch als dann im Juli die Koalition zerfiel, und in dem neuen Proporzkabinett ein Christlich-Sozialer den Vorsitz übernahm, spielten sie das alte Spiel weiter. Während sie die ganze Zeit über nach außen hin jede Verantwortung abgelehnt hatten, hatten sie aber in der Regierung und im Parlament alles getan, um die Absichten der Sozialdemokraten zu durchkreuzen. Sie hatten die Vermögensabgabe so verschlechtert, daß sich die Großkapitalisten ihr entziehen konnten, und daß also der Hauptzweck der Abgabe, unsere Wälu zu bessern, vereitelt wurde. Sie hatten schon vorher durch ihr Verhalten zur Sozialisierung den Uebergang unseres einzigen Naturproduktes, des steirischen Erzberges in ausländischen Besitz herbeigeführt. Zuletzt hatten sie noch das Getreidebaubelastungsgesetz unwirksam gemacht, indem sie eine Bestimmung hineintrugen, daß die Bauern nur ein kleines Kontingent abzuliefern haben, über den Rest aber frei verfügen können. Gerade diese letzte Tat, die die Folge hatte, daß die Bauern überhaupt nichts abliefern, sondern alles den Schleichhändlern verkaufen, wird aber den Christlich-Sozialen die Ausichten, die sie versprochen, wesentlich verschlechtern. Denn dadurch ist es gekommen, daß die Oesterreicher schon wenige Wochen nach der Ernte Maisbrot und Weizengriech statt Kornbrot und Weizengriech essen mußten. Zugleich sind die Preise von 10 Kronen, wie es die Regierung für Mehl festgesetzt hatte, auf 50 Kronen im Schleichhandel gestiegen. Und zwar nicht nur in den Städten, auch in den Dörfern, da die Bauern alles den Schleichhändlern verkaufen und den Kleinhändlern, Lehrern und Landarbeitern sowie den kleinen Angestellten die Waren auch nur zum Schleichhändlerpreis abgeben wollen. So sind nicht nur die Städte aufs äußerste empört, sondern mehr noch die Dorfarmut, und diese Empörung hat sich sogar in dem fruchtbaren Oberösterreich in zahllosen Verzweiflungstakten, Brandstiftungen und Demonstrationen Luft gemacht.

Auf zwei Dinge hatten die Christlich-Sozialen in diesem Wahlkampfe vor allem ihre Hoffnung gesetzt: auf die Nichtstimmung der Massen über das Elend, das sie durch das Schimpfen auf die sozialdemokratische Regierung auf diese Partei abzulenkten hofften, und auf den Haß der besitzenden Klassen gegen die Arbeiter und ihre parlamentarische Vertretung. Beides sollte ihnen dienen, nicht nur die Stellung der Sozialdemokratie in der Republik, sondern auch die Republik selbst zu untergraben. So sollten die Wahlen eine christlich-soziale Majorität bringen, die mit den Erregungschäften der Revolution gründlich aufräumt und Oesterreich dem reaktionären Block mit Bayern, Polen und vor allem mit Ungarn zusammenschließen sollte. In ihrer Siegesicherheit hatten sie von ihrer Absicht keinen Hehl gemacht, und namentlich ihre Verbindungen mit Horthy-Ungarn gar zu offen gezeigt. Da merkten sie aber, daß sich in den Reihen der Intellektuellen ein Widerstand zeigte, denn gar zu klar war es, daß durch diese Politik der Anschluß an Deutschland dem auch sie im November 1918 zugestimmt hatte, vereitelt wurde, und daß Oesterreich in die äußeren Konflikte, die die ungarische Revanchemolitik mit sich bringen mußte, auch verwickelt werden würde. So versuchten denn die Christlich-Sozialen umzusatteln und schickten einige Redner aus, die ihre Freundschaft für den Anschluß an Deutschland beteuern mußten. Aber die Fäden, die von der französischen Regierung zur christlich-sozialen Partei führen, sind gar zu offenkundig, als daß irgend jemand diesem Beteuerungsmanöver glauben würde. Zu allem ist es der „Arbeiterzeitung“ auch nicht nur gelungen, durch Veröffentlichung des französisch-ungarischen Vertrages aufzuzeigen, daß Horthy von den Franzosen gedungen wurde, den Anschluß an Deutschland zu verhindern, sondern durch Originaldokumente nachzuweisen, daß die ungarische Regierung die christlich-sozialen Zeitungen mit zwei Millionen Kronen bestochen hat.

Beide Veröffentlichungen haben riesiges Aufsehen erregt, und viele Mittläufer der Christlich-Sozialen, die aber deren geheimen Absichten nicht glaubten, sind kopfschau geworden. Nun herrscht endlich völlige Klarheit über die Ziele der christlich-sozialen Partei, die durch die Verbindung mit Ungarn die Wiederkehr Kaiser Karls vorbereiten will und Oesterreich als ein Glied der europäischen Reaktion einfügen und damit zugleich nicht nur den Anschluß an Deutschland verhindern will, sondern zugleich an der Zerschlagung der deutschen Einheit mitwirkt.

Für die Arbeiterschaft war es von allen Anfang klar, daß der Sieg der Christlich-Sozialen, ein Sieg der europäischen Reaktion, eine Wiederherstellung der Monarchie, eine Vereitelung des Anschlusses an Deutschland bedeuten würde und deshalb hat sie alle Kraft eingesetzt, diesen Sieg zu verhindern. Nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft, die kommunistische Partei, ist sich über die Bedeutung der Wahlen nicht klar. Die Kommunisten hatten anfangs die Beteiligung an der Wahl abgelehnt, die Sozialdemokraten angegriffen, daß sie den Klassenstaat durch die Beteiligung an der Wahl anerkennen — bis der Befehl aus Moskau kam, sich an der Wahl zu beteiligen. Nun tun sie das — aber statt ihren Angriff gegen die besitzende Klasse zu richten, kämpfen sie ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

So wird das Proletariat, der Bedeutung dieser Wahlen im Kampfe gegen die Weltreaktion bewußt, einmütig für die Sozialdemokraten stimmen, denn daß die Kommunisten eine nennenswerte Stimmenzahl oder gar ein Mandat erhalten können, ist nahezu ausgeschlossen.

Für die Revision des Friedensvertrages.

Der Vorsitzende der internationalen Wirtschaftskonferenz in London, Sir George Paish, erklärte, daß, falls den Ländern, die durch den Krieg am meisten gelitten, nicht geholfen werde, Großbritannien in kurzer Zeit vor großen Schwierigkeiten stehen werde. Er trat für die Revision des Friedensvertrages ein. Der frühere holländische Justizminister schlug vor, Deutschland einen Kredit zum Ankauf von Rohstoffen zu gewähren.

Keine Genfer Konferenz!

Der Meinungsaustausch zwischen der englischen und der französischen Regierung über die Frage der Genfer Konferenz hat offiziell noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Heute liegen nur einige nicht amtliche Pressemitteilungen vor, die den Anschein erwecken, als ob es dem belgischen Ministerpräsidenten gelungen ist, keine Anshawung zum Siege zu führen. So veröffentlicht „Libre Belgique“ eine Information aus London, nach welcher der dort weilende belgische Ministerpräsident Delacroix erklärte, er glaube, bei der englischen Regierung hinsichtlich der Wiedergutmachung der Kriegsschäden einen vollständigen Erfolg erzielt zu haben. Die Genfer Konferenz finde nicht statt. Der interalliierte Wiedergutmachungskonferenz werde die Deutschen zu den Erklärungen und Vorschlägen hören, anstatt souverän zu entscheiden, und werde an die verschiedenen beteiligten Regierungen Bericht erstatten. Die Regierungen würden dann eine Konferenz anberaumen, welcher sich Frankreich und England anschließen würden. Diese werde demnächst in Brüssel stattfinden.

Dem „Matin“ zufolge soll auf die Hinzuziehung des Finanzministers verzichtet werden. Jeder der Delegierten solle seiner Regierung Bericht erstatten, der den verschiedenen alliierten Regierungen als Unterlage diene, um gemeinsame Handelslinien zu bestimmen. Eine Sachverständigenkonferenz werde alsdann der Konferenz der Regierungschefs folgen. Man glaubt auch, daß die Vertreter Amerikas an den Vorgesprächen teilnehmen, die in Brüssel stattfinden sollen. Der belgische Ministerpräsident sagte dem Vertreter des „Matin“ noch, die jetzige Konferenz sei eine Fortsetzung der Konferenz von Spa. Man müsse sich darüber mit der fünften Macht, mit Deutschland, verständigen. Dieses Abkommen, das zwischen Lloyd George und Delacroix getroffen wurde, soll nunmehr der französischen und italienischen Regierung unterbreitet werden.

Völkerbund und Krieg.

Am Dienstag eröffnete nach einer Stefani-Meldung aus Mailand der Präsident des Organisationskomitees, Senator Ruffini die erste Sitzung des internationalen Kongresses der Vereinigungen für den Völkerbund. Auf dem Kongress sind vertreten: Italien, Frankreich, Belgien, England, Spanien, Japan, China, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweiz, Tscheko-Slowakei, Jugoslawien und Portugal. Senator Tittoni sprach namens des Völkerbundes und sagte u. a.: „Wenn wir den Krieg auch nicht völlig beseitigen können, werden wir doch dazu gelangen, ihm Hindernisse in den Weg zu legen, so daß er weniger häufig vorkommt.“ Nach Tittoni begrüßte der Minister des Äußeren Sjorga die Versammlung namens der italienischen Regierung und des

italienischen Volkes, die beiden Kongressen einen vollen Erfolg wünschten. Namens der übrigen Völker antworteten die Delegierten Belgiens, Frankreichs und Englands, worauf die Eröffnungsfeier geschlossen wurde.

Tittoni hat recht, wenn er darauf hinweist, daß der Völkerbund den Krieg nicht völlig beseitigen kann. Dazu ist in der Tat der Völkerbund in jetziger Gestalt nicht das richtige Instrument. Die völlige Beseitigung der Kriege kann nur dem Sozialismus gelingen.

Der Rigaer Vorfrieden.

Wie Havas aus Riga meldet, erkennen Polen und Sowjetrußland nach den Bestimmungen des nunmehr unterzeichneten Vorfriedensvertrages die Unabhängigkeit der Ukraine und Weiß-Rußlands an und verzichten auf Kontributionen. — Die Kommissionsarbeiten werden fortgesetzt.

Die Goldfrage, in der von der einen Seite 200 Millionen Goldrubel gefordert, von der anderen ein Maximum von 50 zugestanden wurde, fand bloß eine grundsätzliche Regelung. Das materielle bleibt dem Endfrieden überlassen, der den Goldanspruch teilweise durch Ausbeutung der Forsten und Hergabe von Rohstoffen ablösen soll.

Entwaffnung der kleinen Nationen.

Einer Neutermeldung zufolge wird auf der am 20. Oktober in Brüssel stattfindenden Tagung des Rates des Völkerbundes u. a. die Aufstellung eines Programms stattfinden, nach dem die Bewaffnung der verschiedenen kleinen Staaten (aber nicht der großen!), die dem Völkerbund beitreten sollen, beschränkt wird, desgleichen die Schaffung eines Planes für eine Finanz- und Wirtschaftsorganisation, die die Vorschläge der Brüsseler Konferenz behandeln soll und außerdem das Budget des Bundes für 1921. Tittoni wird einen Entwurf für internationale Aufsicht der monopolisierten Rohstoffe einbringen. Wahrscheinlich wird auch die polnisch-litauische Streitfrage zur Verhandlung kommen.

Die Volksabstimmung in Kärnten.

Das Ergebnis der Volksabstimmung ist folgende: Kosegg für Deutsch-Oesterreich 1980, für Jugoslawien 2331; Dillrikt Fortach für Deutsch-Oesterreich 6428, für Jugoslawien 4984; Dillrikt Gleiburg für Deutsch-Oesterreich 5140, für Jugoslawien 5339; Bezirk Fölkermarkt für Deutsch-Oesterreich 8304, für Jugoslawien 2442; zusammen für Oesterreich 21852; für Jugoslawien 15096 Stimmen; 59,14% der Stimmberechtigten stimmten also für Oesterreich.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Ergebnis: Das deutsche Volk kann stolz sein auf seine Brüder in Kärnten, die ungewollt durch allen Terror das hungernde, ohnmächtige und verklärte Deutsch-Oesterreich der Fremdherrschaft eines Agrarstaates vorgezogen haben, weil ihnen die Treue über alles geht.

Ententerrüstungen oder nicht?

Die Havas-Agentur demontiert die Nachricht der deutschen Presse, wonach die Franzosen 600 Hektar fruchtbares Gelände bei Kaiserslautern requiriert hätten, um darauf ein Munitionsdepot zu errichten; ebenso die Nachricht, daß die Kosten des zu errichtenden Benzindepots bei Kaiserslautern sich auf 40 Millionen Mark belaufen würden. Außerdem wird die Behauptung aufgestellt, daß die von der deutschen Presse gegebenen Ziffern für den Unterhalt der Besatzungsarmee irreführend seien. — Dazu erklärt W. T. S., daß die Absicht zu den abgelegenen militärischen Maßnahmen doch bestanden habe. Es sei gleichfalls amtlich festgestellt, daß die Landwirtschaft unter der Beschlagnahme von Ländereien für Flugplätze sehr zu leiden habe. Den Behauptungen, daß die deutschen Zahlungen und die wirklichen Ausgaben für die Besatzungskörper nicht differieren, ist entgegengehalten, daß in den Parlamenten der Besatzungsmächte von amtlicher Seite wiederholt festgestellt worden ist, daß die bisher geleisteten deutschen Zahlungen bei weitem nicht den Betrag der tatsächlichen Aufwendungen decken, daß es sich vielmehr nur um Abschlagszahlungen handele.

Neue Armenierschlächtereien.

Noch sind die fürchtbaren Armeniermegeleien unter dem Türkenkhan Abdul Hamid unzerbrochen, kaum ist das Blut der Armenier verrauht, die im Weltkrieg aus angeblichen Gründen der militärischen Sicherheit von türkischen Militärs brutal ausgerottet oder auf dem Wege einer qualvollen Exekution verurteilt worden sind, und schon kommen neue Verzweiflungsschreie aus diesem vielgequälten Lande. Seitdem die Bolschewiki sich mit den türkischen Nationalisten verbündet haben, marschieren diese beiden Armeen konzentrisch gegen das armenische Bergland, dessen keine Wehrmacht nicht imstande ist, die Grenzen zu schützen. Wie „Daily Mail“ erfährt, haben die russischen Aufständischen und eine russisch-tatarisch-hollschewitsches Heer unter Führung von Kurh Bey, dem Bruder Enver Paschas, an fünf Stellen Armenien angegriffen. Die Armenier halten bis jetzt stand, obwohl die Angreifer ihnen überlegen sind. Sowjet-Rußland mißachtet das Selbstbestimmungsrecht und geht auf die Unterjochung Armeniens aus, um es verchristlichen

Schlaraffenland.

Deutschland ist über Nacht ein Schlaraffenland geworden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat Wunder gewirkt, hat unheimliche Mengen Fleisch, von deren Vorhandensein kein Mensch eine Ahnung hatte, hervorgezaubert. Was alle Regierungen, Organisations- und Erfassungsnisse nicht vermochten — die Wiederaufstellung der freien Wirtschaft, die beherrschende Duldung des Fleischwunders hat es in wenigen Tagen zustande gebracht. Die Fleischnot, die so manchem armen Teufel den Rest gegeben hat, ist mit einem Schlage überwunden, d. h. überwunden nur insoweit, als Fleisch wieder überall und in beliebigen Mengen auf legalem Wege zu haben ist. Da es aber nur für die auserwählten Schlaraffen zu haben ist, die den geforderten Preis ansetzen können, hat sich für den Minderbemittelten an dem früheren Zustand durchaus nichts geändert. Für ihn besteht die Fleischnot nach wie vor. Er kann auch weiterhin nicht in ein saftiges Stückchen Fleisch oder Würstchen ins Gras beißen. Der regelmäßige Fleischgenuss bleibt vorläufig noch ein Privilegium der Reichen.

Wir wissen es jetzt: Fleisch ist und war für eine weit bessere und erträglichere als die bisherige Ernährung der Gesamtheit vorhanden. Es hätte nicht unbedingt sein müssen, daß die ärmere Bevölkerung mit der Hungerration von wöchentlich 125 Gramm der höheren Unterernährung mit ihren qualvollen Begleiterscheinungen und dem allmählichen Gleichmütigkeit wurde. Aber die Liebesgaben gewohnten Herren Landwirte wollten auch aus dem Kriege und aus der Not des Landes ihre besonderen Vorteile ziehen. Sie wollten nicht zu den zulässigen Preisen, die ihnen ihr gutes Auskommen verbürgt hätten, ihre Erzeugnisse abgeben oder gar — was ihnen übrigens nie zugemutet worden ist — wie so viele andere Erwerbstätige durch den Krieg materiell schlechter gestellt oder Zubußen ausgesetzt werden. Um ihrer Schleichhandelsgewinne willen mußte das Volk auf Hungerrationen gesetzt werden. Und wenn man schon von einem „Dochschloß in den Rücken“ sprechen will, dann muß man in erster Linie die Urheber des Hungers dieser Meucheltat beschuldigen.

Die Fleischherge in den Schlächterläden des deutschen Schlaraffenlandes, die appetitlichen Würstgrillanden, Schweins-, Kalbs- und Hammelkeulen sind eine furchtbare Anlange gegen die gutgemästeten Azarier, unsere jahrelangen, grausamen Peiniger. Sie haben schwerer als die schlimmsten Feinde am deutschen Volke gekündigt, denn sie waren durch die von ihnen bewirkte Verschärfung der über uns verhängten Lebensmittelblockade die Helfershelfer unserer Todesfeinde. Engländer und Franzosen haben bei ihrer Absperrung der Lebensmittelaufuhr als Feinde, vom Vernichtungswillen gegen ihre Geener getrieben, gehandelt. Das ist immerhin noch ein mildere Umstand. Unsere Lebensmittel-erzeuger aber haben aus den niedrigsten Motiven, aus unersetzlicher und unerklärlicher Erwerbsgier ihre mörderische Lebensmittelnotade über die Bedürftigsten ihrer eigenen Volksgenossen verhängt. Der Zorn und die Empörung darüber werden mit Recht sogar die Feindschaft gegen die Kriegsgegner überdauern.

Kartoffelernte und Kartoffelpreis.

Herr F. C. Lauenstein, Dekonomierat, schreibt uns: Nachdem mir bis heute von dem Verfasser des Eingelands unter 5. in der Sonntagsnummer 475 der „Lübeckischen Anzeigen“ — ein ähnliches Eingeländ erschien auch in unserem Blatte — keine telefonische Aufklärung über die mit 100 Leuten in R. aufgenommenen Kartoffeln zuteil geworden ist, spreche ich die bestimmte Vermutung hiermit aus, daß Herr F. die Domäne Alenpau im Lauenburgischen gemeint hat, über welche wir von Lübeck aus keine Einwirkung haben. Im Lübeckischen Krummsee oder Kronsförde haben wir keine derartig großen Betriebe noch Kartoffelfelder. Ich habe dem Landesverwaltungsamt unsere Hilfe seitens der Landwirtschaftskammer gerne zugesagt, um so die Kürsorge des Landesverwaltungsamtes um die Bevölkerung zu fördern und hoffe auch bestimmt, daß eine wesentliche Unterstützung den hiesigen Kriegsverletten und Kriegserwitlenen zuteil wird. Laut statistischen Angaben sind dieses Jahr 587 Hektar Ackerland im Lübeckischen Freistaat mit Kartoffeln bepflanzt gewesen. Hiervon sind schätzungsweise geerntet 70 440 Zentner.

Table with 3 columns: Ernte, % einer Mittelernte, and Zentner. Rows include Schwund 10 Prozent, kleine und angefressene Kartoffeln 10 Prozent, Verbrauch der 10 000 Bewohner des Landgebiets à 3 Zentner, and Das macht auf 100 000 Einwohner Lübeds 7 1/2 Pfund pro Kopf.

Die größeren Höfe bauten im Verhältnis nicht viel mehr Kartoffeln dieses Jahr als die kleineren Betriebe, weil Deute, Saatgut- und Düngerknappheit herrschte. Die Witterungsverhältnisse waren dieses Jahre so ungünstig in der Wachstumsperiode, daß an einzelnen Stellen mit schwerem Boden jetzt nach dem Aufnehmen der Kartoffeln aus den Nachbarländern Holstein und Mecklenburg Kartoffeln in Wagonladungen nach unserem Landgebiet käuflich bezogen werden mußten, was lange Jahre nicht nötig gewesen ist. Die Kartoffelernte ist jetzt so recht im Gange. Wieviel Kartoffeln gewachsen sind, ist noch nicht sicher zu sagen; es können die so genannten Uebererschußstritte leicht eine viel größere Ernte machen. Warten wir dies ab und werden daher nicht nervös. Die Kartoffeln kommen bei dem denkbar schönsten Wetter vollkommen trocken und rein aus der Erde, was sehr wertvoll ist. Nach einem Aufsatze im landwirtschaftlichen Wochenblatt für Lübeck und das Fürstentum Lübeck vom 9. Oktober (Nr. 41) mit dem Thema: Was haben die Kartoffeln im abgelaufenen Wirtschaftsjahr gekostet? stellt sich der Preis der Kartoffeln auf 58 Pf. pro Pfund.

Es geht aus obigem klar hervor, welche große Mengen Kartoffeln in das Lübeckische Staatsgebiet eingeführt werden müssen, wenn die Bevölkerung versorgt werden soll, da das Lübeckische Landgebiet nur 7 1/2 Pfund pro Kopf liefern kann. Wir können diese Angaben auf ihre Richtigkeit hin nicht nachprüfen, da uns das Material dazu fehlt, glauben aber gern, daß Herr Lauenstein richtig gerechnet hat. Wir wissen aber, daß bei einer guten Ernte auf gutem Boden oftmals das dreifache, als hier angegeben, geerntet worden ist. Schreiber dieses hat vor einigen Jahren in der weiteren Umgebung von Lübeck für die Reichsartoffelstelle den Ertrag ermittelt und festgestellt, daß auf gutem Boden pro Hektar nicht 120 Zentner, sondern 360 Zentner und mehr geerntet worden sind. Freilich, die Landwirte waren bemüht, den Ertrag weit niedriger erscheinen zu lassen. Es war ihnen vielfach sehr unangenehm, wenn von der Reichsartoffelstelle der Ertrag genau ermittelt und festgestellt werden sollte. Sie sind dann auch oft gegen das ermittelte Resultat angegangen, um den tatsächlichen Ertrag zu verheimlichen oder herabsetzen zu können. Nach diesen Erfahrungen legen wir wenig Wert auf eigene statistische Angaben der einzelnen Landwirte. Ueber die vielumstrittene Frage: was kostet ein Zentner Kartoffeln? möchten wir folgendes wiedergeben, was ein Parteifreund in der Bielefelder „Volkswacht“ über diese Frage schreibt. Es heißt dort: Ich habe einen halben Morgen mageren Sandboden gepachtet. Sämtliche Ausgaben sind gewissenhaft gebucht. Sie betragen: Für Serabellalamen (im Vorhabe in die Vorfrucht gesetzt) 35 Mt., Stallmist (6 Alt. a 10 Mt.) 60 Mt., Ammoniak 58 Mt., Stallmist (5 Alt. a 30 Mt.) 150 Mt., Pflügen 28,50 Mt., Aussaat...

Kleine politische Nachrichten.

Die schon seit längerer Zeit angekündigte Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz ist dem Reichstag zugegangen. Die Novelle sieht die Eingruppierung einer Anzahl Beamtengruppen in eine höhere Besoldungsgruppe vor. Der schwedische König ernannte den Ministerpräsidenten Branting zum stellvertretenden Präsidenten des Hofgerichts, den Freiherrn Max von Württemberg und den früheren Rat am höchsten Gericht Ergager zu Vertretern Schwedens bei der am 15. November zusammentretenden Delegiertenversammlung des Völkerbundes in Genf.

Am „Daily Herald“ erklärt der amerikanische Sozialist und Präsidentenwahlkandidat Eugene Debs sich entschieden gegen die Dritte Internationale, der er nicht angehören könne.

Der „Avanti“ liest eine Aufforderung ergehen, am 14. Okt. Kundgebungen für Rußland zu veranstalten. Der Zentralratspräsident der Eisenbahner beschloß, alle Eisenbahner zu ersuchen, sich diesen Kundgebungen vollständig fernzuhalten.

Der schweizerische Bundesrat hat die Einreise der russischen Delegierten zum schweizerischen Gewerkschaftskongress in Neuchâtel abgelehnt.

Der im Reichsarbeitsministerium am 9. Oktober gefällte Schiedsbericht im hannoverschen Straßenbahnerstreik, der Ende Juli ausbrach, wurde von beiden Parteien angenommen.

In Wilna wurde von General Religowski eine neue aus je zwei Polen, Litauern und Weißrussen bestehende Regierung gebildet.

In Dublin wurde ein englischer Major erschossen und zwei Soldaten verwundet. — Einer Reutermelbung zufolge wurden in der Nähe von Ballaghaderreen zwei Polizisten erschossen und viel schwer verwundet.

Die englischen Bergarbeiter verlangen, nachdem die Vorschläge der Grubenbesitzer abgelehnt sind, daß die Frage der Lohnerhöhung um 2 Schilling dem Schiedsgericht unterbreitet werde.

Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist in München ein neuer Schiedspruch für die bayerische Metallindustrie auf Bewährung einer Leuzerungszulage erlassen worden.

Rußland.

Folgen des Moskauer Terrors.

Die Presse brachte in den letzten Tagen Nachrichten von antibolschewistischen Kundgebungen in Moskau. Der Berichterstatter des „Wostokabel“ bestätigt jetzt die Nachricht. Die Arbeiter einer großen Anzahl von Fabriken hätten antibolschewistische Versammlungen abgehalten. Die Sowjetregierung gehe immer erbitterter vor und habe die militärischen Patrouillen in Moskau bedeutend verstärkt. In der Nähe der Stadt finden beträchtliche Truppenzusammenschlüsse statt. Es soll bereits zu Kämpfen gekommen sein.

Italien.

Reisetreiben gegen Giolitti.

Der italienische Ministerpräsident Giolitti, dessen einsichts- und maßvolles Verhalten während der kürzlich stattgefundenen Metallarbeiterbewegung wesentlich zur Bermeidung schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen beigetragen hat, wird seit jenen Tagen mit dem tiefen Mißtrauen weiter reaktionärer Kreise beehrt. Bürgerliche italienische Blätter verbreiten unterm 13. Oktober allerlei Gerüchte über den wachsenden Rücktritt des Ministerpräsidenten. „Corriere della Sera“ teilt mit: Die parlamentarisch-nationalistische Gruppe beschloß, nicht mehr der Mehrheit der Kammer anzugehören, die das Kabinett Giolitti unterstützt. Die Zeitung bemerkt, es sei nicht ausgeschlossen, daß außer den Nationalisten auch die Rechten liberalen Giolitti die Gefolgschaft verweigern. Der „Secolo“ macht sogar schon einen Nachfolger für Giolitti namhaft. Er werde voraussichtlich durch den gegenwärtigen Kammerpräsidenten Nicola ersetzt werden. — Mit der Herbeiführung des Sturzes Giolittis glauben die italienischen Scharmacher offenbar auch die Verprechungen aus der Welt schaffen zu können, die Giolitti der Arbeiterklasse in den Tagen des Konflikts gemacht hat. Giolitti hatte bekanntlich ausdrücklich die Neutralität der Regierung im sozialen Kriege proklamiert und hinsichtlich des Kontrollrechtes der Arbeiterschaft bindende Erklärungen abgegeben. Wenn die Unternehmer dies alles wieder rückgängig machen wollen, so spielen sie mit dem Feuer.

Frankreich.

Müllernd gegen die C. G. T.

Eine neue Untersuchung gegen die C. G. T. ist eingeleitet worden. Sie soll durch die Aufnahme der Gewerkschaft der Beamten sich gegen das Gesetz von 1884 vergangen haben. Jouhaux und andere Mitglieder des Verwaltungsrates sind vom Untersuchungsrichter vernommen worden. — Und der Mann will einmal Sozialdemokrat gewesen sein?

Die Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress.

Die 7. Tagung des Ausschusses des Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbundes befaßte sich u. a. mit der Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Die Wahl geschah nach Industriegruppen und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe Baugeverbe, keramische und Glasindustrie Baepelow (Bauarbeiterverband), Stellvertreter Streine (Malerverband); Nahrungs- und Genussmittelindustrie Fabrikarbeiter Schmidt (Landarbeiterverband), Stellvertreter Frey (Fabrikarbeiterverband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, künstliche Berufe: Seif (Buchdruckerverband), Stellvertreter Rau-eisen (Buchbinderverband); Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie: Simon (Schulmachersverband), Stellvertreter Fadel (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrsgewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeiter: Scheffel (Eisenbahnerverband), Stellvertreter Urban (Angeheimesverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie: Dikmann (Metallarbeiterverband) und Haue (Bergarbeiterverband), Stellvertreter Liebe (Maschinen- und Holzarbeiterverband) und Larnow (Holzarbeiterverband).

Eine lebhafteste Ansprache entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung: Leistung von Extrabeiträgen für den Bundesverband. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Extrabeitrag von 20 Pf. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundesführer Kube begründete den Antrag mit der allgemeinen Teuerung und mit der Steigerung der Aufgaben, die dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten einstimmig die Notwendigkeit an, daß die Einnahmen des Bundesverbandes vergrößert werden müssen und daß die Angehörigen des Bundesverbandes in ihrer jetzigen geringen Zahl und bei der Beschränktheit der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beiträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der notleidenden Gewerkschaften in Deutschland vorgebracht haben, wodurch sich die Zahlung der Extrabeiträge für das laufende Jahr erübrigt. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Extrabeitrag bewilligt.

Provinzen zu berauben. Der Vormarsch der verbündeten Türken und Bolschewisten ist vom blutigen Grauel begleitet. 300 sozialistische Abgeordnete, Khoren und Schirinlan, sind nach langen Märtern von Bolschewisten ermordet worden, weil sie das Recht des armenischen Proletariats vertreten haben. Für dieses Recht, für die nationale Freiheit und Selbstbestimmung des armenischen Volkes einzutreten, rufen die Arbeiterparteien und Gewerkschaften Armeniens das Proletariat aller Länder auf.

Revolte der muselmanischen Welt?

Der „Chicago Tribune“ wird aus Mailand geschrieben: 50 Könige, Prinzen, Sultane und Häuptlinge des Orients, der Türkei, von Arabien, Ägypten und anderen Ländern sind zu einer Zusammenkunft berufen worden im Zusammenhang mit dem Plan einer Revolte der muselmanischen Welt gegen die bewaffnete Macht Großbritanniens, Frankreichs und anderer europäischer Länder. Ein Zentralkomitee der fünf führenden Herrscher des Orients hat eine Zusammenkunft in die Wege geleitet, die in Kleinasien stattfinden soll. Es sind bereits zahlreiche Konferenzen in Kleinasien, Italien und der Schweiz abgehalten worden. Die Zusammenkunft wird geheim sein. Sie wird der Eröffnung einer Weltkampagne dienen, der weltbewegende Ereignisse folgen sollen. Wenn den Bemühungen der Erfolg nicht verlagert bleibt, so planen die orientalischen Führer die Errichtung eines Bundes der islamischen Völker. — Die Meldung klingt recht phantastisch. Sollte sie sich wirklich bewahrheiten, so erscheint es doch noch mehr als fraglich, ob einem solchen Unternehmen, dem namentlich England und Frankreich mit größter Energie entgegenzutreten würden, irgend ein Erfolg beschieden wäre.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ende des Berliner Zeitungsstreits.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern unter Leitung des Ministerialrats Dr. Sighler und in Anwesenheit des Staatssekretärs Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium mit den Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer des Groß-Berliner Zeitungs-gewerbes Verhandlungen statt. Sie führten nach langem Verlauf durch beiderseitiges Entgegenkommen zu einer völligen Einigung. Die Angestellten erhalten eine Gehaltszulage von 12 1/2 bzw. 10 Proz., die Jugendlichen eine solche von 15 Proz. Die Verheirateten erhalten außerdem noch 2 1/2 Proz. Alle Angestellten und Arbeiter werden wieder eingestellt. Die Streiktage werden nicht bezahlt. Den Arbeitern werden 75 Proz. des Lohnausfalles sogleich gezahlt und die Zahlung der restlichen 25 Proz. von der Entscheidung eines Schiedsgerichtes abhängig gemacht. Die getroffenen Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der beteiligten Verbände und Gewerkschaften, die heute vormittag erfolgen dürfte. Es ist zu erwarten, daß in den vom Streit betroffenen Betrieben die Arbeit noch heute wieder aufgenommen wird.

Arbeitslosendemonstration in Berlin.

Mehrere tausend Arbeitslose und Hilfsarbeiter marschierten heute nachmittags nach dem Neuköllner und dann nach dem Berliner Rathaus, um die Forderungen der Berliner Arbeitslosen zu unterstützen. Von den Berliner Arbeitslosen hatten sich nur wenige eingefunden. Die Demonstranten hielten die Straßenbahnwagen an. Eine Deputation trug die Wünsche der Arbeitslosen im Rathaus dem unabhängigen Stadtrat Weisse vor, worauf die Menge sich zerstreute.

Die Reichsregierung gegen weitere Kohlenpreissteigerung.

Im Wirtschaftsanschuß des bayerischen Landtages teilte der Handelsminister mit, daß in der nächsten Zeit mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen werden, um zu einer einheitlichen Preisprüfung im ganzen Reiche zu kommen. In der Kohlenförderung nähern wir uns dem Friedensstande. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß eine weitere Kohlenpreissteigerung nicht mehr zugelassen sei und den un sinnigen Preistreibereien energig entgegengetreten werden müsse. Die Reichsregierung habe auch die Zustimmung gegeben, auf die in Betracht kommenden Stellen, besonders auf die Kartelle, einen Druck auszuüben. Auch die Frage der Wucherbekämpfung werde demnächst den Gegenstand einer besonderen Besprechung mit der Reichsregierung bilden.

Internationale Solidarität gegen Kriegsmaterialtransporte.

Die deutsche Zollbehörde in Friedrichshafen hat eine große Sendung italienischer Automobile, die durch eine Schweizer Speditionsfirma nach Warschau gelandt werden soll, mit dem Vermerk „Kriegsgut Polen, darf nicht durch Deutschland durchgeführt werden“, wieder nach Romanshorn zurückgegeben lassen. Die deutsch-österreichischen und auch die tschecho-slowakischen Behörden hatten die Durchfuhr der gleichen Sendung italienischer Automobile vorher ebenfalls abgelehnt.

Passive Resistenz der Zollbeamten?

Sämtliche deutschen Zollbeamten sind entschlossen, in den nächsten Tagen in passiver Resistenz einzutreten, weil für die Zollbeamten, als bisherige Landesbeamte, seit über 6 Monaten weder Ausführungsbestimmungen über die Zahlung der neuen Gehälter noch der Reichsbesoldungsordnung ergangen sind, noch das Reichsfinanzministerium die Gleichstellung der Zollbeamten mit den Verkehrsbeamten auch im endgültigen Regierungsentwurf für die Besoldungsordnung, der inzwischen dem Reichstage zugegangen ist, vorgenommen hat, obwohl von der Verwaltung selbst diese Forderungen anerkannt werden.

Zepplingerausgabe verweigert.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ meldet seinem Blatt, daß in der vergangenen Woche der internationaliserte Ueberwachungsausschuß bei der Zepplingesellschaft in Siacale die Forderung gestellt hätte, das neue Riesenschiff, das eigens für den Luftdienst zwischen Deutschland und Amerika erbaut worden ist, auszuliefern. Die Zepplingesellschaft habe sich mit Entschiedenheit geweigert, das Luftschiff zu übergeben mit der Begründung, daß es Deutschland genützt sei, alle Luftfahrzeuge, die sechs Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erbaut seien, zu behalten.

Der jährliche Gemeindefreier.

Bei Verhandlungen wachte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der hiesigen Gewerbeten den Vorstoß, die Erleichterung der Streitigkeit einem paritätisch zusammengesetzten Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu übertragen, dessen Spruch für beide Parteien bindend sein soll. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, diesen Vorstoß von sich aus nicht annehmen zu können, fern aber bereit, ihn ihren Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.

pfügen 24 Mt., Aufsuchen 22,50 Mt., eigene Arbeit (4 Mt. die Stunde) 75 Mt., Kartoffelsetzlinge 7,50 Mt., kleine Auslagen 10 Mt., Pacht 50 Mt., Summa 518,50 Mt.

Die Ernte betrug: 69,90 Ztr. helle Kartoffeln, 9 Ztr. Saatkartoffeln, 9 Ztr. Schwemkartoffeln, 1,25 Ztr. Erbsen. (Stroh für Arbeit; darum nicht mitgerechnet.)

Berechnet man die kleinen Kartoffeln zu dem halben Wert, so würden die 9 Zentner etwa 4 Zentner Erbsen entsprechen. Trotz höherem Preise seien die Saatkartoffeln den Erbsen nur gleichgestellt; dann würde an Erbsen herauskommen: 19,20 + 9 + 4 Zentner = 32,20 Zentner. — Eine schwache Ernte. Da mein Arbeitsverdienst (Stunde 4 Mt.) mit bei den Unkosten verrechnet ist, würde der Preis für einen Zentner Kartoffeln = 518,15 : 32,20 Zentner rund 16 Mt. sein. Da ich aber auf demselben Grundstück Erbsen erntete, wäre der Wert derselben (Pfund 2 Mt.) von den Unkosten abzuziehen, und es bleiben 518,15 - 260 Mt. = 258,15 Mt. Unkosten; geteilt durch das Erntergebnis ergäbe 258,15 : 32,20 = rund 8,00 Mt. pro Zentner Kartoffeln.

Ich bemerke, daß das Erntergebnis an Kartoffeln bei etwas besserem Boden und unter Verlassen der Erbsen ein bedeutend günstigeres gewesen wäre. Der mir durch letzteren Posten entstandene Verlust an Kartoffelschälen ist gleich dem Wert des Erbsenertrages. Danach läme nur der zweite Preis, 8,50 Mt. pro Zentner, in Frage.

Würde man dem Landwirt einen höheren Stundenlohn als 4 Mt. gewilligen, dann müßten bei der Unkostenberechnung für den Landwirt abgezogen werden: 1. die Landpacht von 50 Mt. pro halbem Morgen und der Gewinn, der schon in den Preisen für Saat und Stroh liegt. Ich glaube, es wird das andere bedeuten. Dann wäre der Bauer wie der Industriearbeiter bezahlt. Schlägen wir dazu auf jeden Zentner 50 Prozent Betriebsunkosten, was sehr hoch ist, so würde der Kartoffelpreis pro Zentner 12 Mt. betragen müssen. Diesen Preis würde ich empfehlen.

Was habe ich nun an meinem halben Morgen Sandland verdient, wenn ich den Kartoffelpreis mit 30 Mt. und den der Erbsen mit 2 Mt. das Pfund annehme? Kartoffeln 32,30 Ztr. x 30 Mt. = 969 Mt., Erbsen 1,25 Zentner x 2 Mt. = 250 Mt., Summe 1219 Mt. Einnahme, ab 518,50 Mt. Ausgabe, bleiben 700,50 Mt. Verbleibt am halben Morgen gepachteten Sandlandes!

Das ist ein anderes Resultat als „notleidende“ Landwirte allgemein angeben.

Die Versammlung des Arbeiterbildungsvereins findet heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Achtung, Jungsozialisten! Donnerstag, den 14. Oktober 1/8 Uhr, Gewerkschaftshaus. Vortrag über „Die Frau und der Sozialismus“. Hierzu sind die Parteigenossinnen besonders eingeladen. Vollzähliges Erscheinen erwartet der Arbeitsausschuß.

Hah und Reid. In den „Lübeckischen Anzeigen“ vom Dienstag abend beklagt sich Herr Stavenhagen in dem Leitartikel „Gewissenlose Gleichgültigkeit“ bitter über das Bürgertum, weil es interesselos dem politischen Leben gegenüberstehe und im Gegensatz zu den Arbeitern für die politischen Parteien keine finanziellen Opfer bringen wolle. Wächst eines jeden nichtsozialistischen Deutschen sei es, sich an dem politischen Kampf zu beteiligen, der natürlich gegen die Sozialdemokratie geführt werden soll. Was in dem Artikel über die Parteibeträge der sozialistischen Arbeiter verkündet wird, zeugt zum mindesten von einer „gewissenlosen Gleichgültigkeit“ des Artikelschreibers. Es heißt dort:

„Es werden Beträge bis zu 20 und 30 Mt. und darüber wünschenswert gehalten, auf daß die Streiklisten voll sind, und zwar auch von Leuten, die im Herzen nicht einmal überzeugte Sozialdemokraten sind! Gar mancher ist Mitglied der „freien Gewerkschaften“, der innerlich auf ganz anderem politischen Boden steht. Er muß aber Mittel der Organisationsarbeit werden und an sie zahlen, weil er sonst keine Arbeit findet und von den organisierten Genossen ausgeschlossen und von der Arbeitstätigkeit verdrängt wird. Es wird in dieser Hinsicht eine straffe Disziplin geübt, die vor keinem wirtschaftlichen Terror zurückweicht.“

Was hier über den sogenannten Terror geschrieben wird, stammt aus der alten Rumpfkammer und beweist, daß Herr Stavenhagen erst seit kurzer Zeit in der Politik tätig ist. Die Behauptung wird durch die Wiederholung nicht wahrer. Es gibt leider noch sehr viele Arbeiter, die den Weg zur sozialdemokratischen Partei oder zur gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden haben. Daß aber die gewerkschaftlichen Beiträge nicht in die Kasse der sozialdemokratischen Partei fließen, weiß jedes Kind und sollte auch Herrn Stavenhagen bekannt sein. Welch ein Unsinn, Verdrehung oder Unkenntnis liegt in der Zusammenwerfung von Partei- und Streikliste.

Dann wird den wenigen Lesern des Amtsblattes eine schaurige Geschichte erzählt von einem nichtsozialistischen Arbeiter, der gezwungen wurde, eine sozialistische Zeitung zu lesen. Solchen Geschichten mag der Spießer Glauben schenken, die Arbeiterchaft wird darüber lächeln. Sie ist ebenso schön erfunden als die Geschichte vom Terror selbst. Das Amtsblatt kann den guten Stand und die Verdoppelung der sozialistischen Blätter, wie auf dem Parteitag berichtet wurde, sich nicht anders als durch Terrorismus erklären. Wir können es verstehen, wenn in jenen Kreisen mit Reid auf diese Entwicklung geblickt wird. Das ist eben der gewaltige Unterschied zwischen den Spießerbürgern und der Arbeiterchaft: Hier geistiges Vorwärtstreben, dort Trägheit. Daher glauben wir auch, wie es in dem Artikel heißt, daß die nichtsozialistische Presse heute schwer zu kämpfen hat.

In der heutigen Morgenausgabe läßt sich das Amtsblatt aus Berlin melden, daß der „Vorwärts“ wegen des Zeitungsstreiks eines der gelesensten Blätter Berlins sei und daß viele Firmen, die sonst nicht im „Vorwärts“ inserieren, in diesem Blatte große Inserate veröffentlichen. Die häßliche Bemerkung, die diesem Artikel angehängt ist, ist nur Reid und Müßiggang entsprungen.

Die Bevölkerungsbeziehung der Stadt Lübeck war nach dem Bericht des Statistischen Amtes für das zweite Vierteljahr 1920 wie folgt: (Die eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.) Nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes hatte die Stadt Lübeck am 31. März 116 723 Einwohner. Im 2. Vierteljahr kamen 189 durch Geburtenüberschuß und 269 durch Wanderungsgewinn hinzu. Die Einwohnerzahl ist also auf 116 181 angewachsen. — Die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigte folgendes Bild: Die Zahl der Eheschließungen belief sich auf 473 (360) oder 16,3 pro Tausend. Geburten wurden 677 oder 23,3 pro Tausend, mehr als doppelt so viel wie 1919 (333) gemeldet, 97 (56) oder 14,3 (18,8) Proz. der Geborenen waren unehelich und 17 (9) oder 2,5 (2,7) Proz. tot. Verstorben sind 471 (16,2 pro Tausend) Personen oder 38 mehr als im Vorjahr. Unter den Todesursachen standen die Krankheiten der Kreislauforgane mit 60 (43) Fällen oben, es folgten Masern und Diphtherie mit 50 (10), Lungenschwindsucht mit 42 (60), Augenentzündung mit 41 (43), Altersschwäche mit 36 (36) und Krebs mit 34 (39) Fällen. 84 (41) der Verstorbenen waren noch kein Jahr alt, während 102 (123) das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit war mit 12,7 auf 100 Lebendgeborene gerade so hoch wie im Vorjahre; auf 100 ehelich Lebendgeborene verstarben 8,7 (7,4) und auf 100 uneheliche 36,8 (33,9). Das Ergebnis der Bevölkerungsbeziehung war günstig; die Zahl der Geborenen überwiegt mit 189. Im Vorjahre war ein Ueberschuß von 111 Verstorbenen zu verzeichnen. — Der Fremdenverkehr war, wie schon seit geraumer Zeit, nur gering. Der Zahl der Gäste (20 966) blieb um 4046 hinter der vorjährigen zurück, darunter die der Hotelgäste allein um 2813, und die ihrer Uebernachtungen war mit 26 641 um 4573 kleiner als 1919 und zwar in den Hotels allein um 3654. — Auch die Wanderungsbewegung erreichte nicht die Zahlen des Vorjahres; es zogen zu 6893 (7621) und fort 6424 (7179) Personen, das sind 928 beim 755 weniger als 1919. Im Einberichtsverlauf die Zuwanderung die Abwanderung um 289

(442) Köpfe, nämlich um 106 (245) männliche und 188 (187) weibliche. Aus der Stadt wurden 9029 Umzüge, etwa ebenso viel wie im Vorjahre, gemeldet.

Nachforschung nach vermissten Kriegsteilnehmern. Das Zentral-Nachweiseramt für Kriegerverluste und Kriegsgräber, Berlin W. 7, Dorothienstraße 48, weist darauf hin, daß es als einzige amtliche Stelle alle Anträge auf Nachforschungen nach vermissten Kriegsteilnehmern, insbesondere auch nach den sich noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen völlig kostenfrei erledigt. Für die Erledigung der Anfragen wird das ganze umfangreiche amtliche und private Material des Zentral-Nachweiseramtes nutzbar gemacht. Alle Anfragen, welche Kriegsgefangene in Rußland und Westsibirien betreffen, werden, soweit sie das Zentral-Nachweiseramt nicht ohne weiteres beantworten kann, mit Unterstützung der deutschen Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Moskau erledigt, mit der das Zentral-Nachweiseramt eine rasche und sichere Verbindung durch den Kurier der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene unterhält. Die Anträge nach vermissten deutschen Zivilgefangenen und Zivilvermissten in Rußland sind an das Reichsauswanderungsamt, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71, zu richten.

Nachnahmen und Postanweisungen bis 5000 Mt. Nachnahmen sind jetzt durch eine Verringerung der Postordnung bis zu 5000 Mt. zugelassen worden. Der eingezogene Betrag kann durch eine Postanweisung in dieser Höhe zurückgeschickt werden. Die Gebühr dafür beträgt so viel wie für einzelne Anweisungen zu je 1000 Mt. Gleichzeitig werden die Absender verpflichtet, nicht nur Nachnahmekarten, sondern auch jeder anderen Nachnahmesehung eine Postanweisung oder Nachnahmekarte haltbar beizufügen. Die Vordrucke sind vom Absender vor der Aufstellung auszufüllen. Der Absender wird jetzt dafür verantwortlich gemacht, daß darin der Empfangsberechtigte richtig bezeichnet ist. Abgesehen von Wertbriefen, kann die Anweisung oder Zahlkarte in besonderen, an der Sendung angebrachten Taschen beifügt werden. Die Post ist nicht verpflichtet, im Landesbestellbezirk Sendungen mit einer größeren Nachnahme als 1000 Mt. dem Empfänger ins Haus zu bringen.

Stadttheater. Es wird darauf hingewiesen, daß alle Vorstellungen, mit Ausnahme der Sonntag-Abend-Vorstellungen ab 15. Oktober um 7 Uhr beginnen. Infolge Erkrankungen im Personal war die auf Sonntag nachmittags 3 Uhr angelegte Vorstellung f. d. Arb. Bild. Ver. „Tannhäuser“ sehr in Frage gestellt. Die Direktion wird es aber auf alle Fälle versuchen durch Umdeutungen die Aufführung der Oper möglich zu machen.

Hansa-Theater. Auf die heutige Erstaufführung des überaus komischen Schwanks: „Hurra, ein Kind fiel vom Himmel“ sei besonders hingewiesen. Gleichzeitig sei auf die erste Nachmittagsvorstellung am kommenden Sonntag von „Wilis“ zu aufmerksam gemacht.

Leichenfund. Aus dem Stadtgraben wurde gestern die Leiche eines ca. 45 Jahre alten anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Mannes geborgen, dessen Persönlichkeit bisher nicht feststellbar war. Der Verstorbene ist 1,70 m groß, hat rundes volles Gesicht, kleine Nase, und zahnlosen breiten Mund, braune Augen, dunkles Haar und rötlichen großen Schnurrbart. Eine Photographie des Verstorbenen ist im Schaufenster des Polizeiamtes ausgehängt. Personen, die nähere Angaben über die Persönlichkeit der Verstorbenen machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. Bemerkung wird noch, daß die Leiche ca. 10 Tage im Wasser gelegen haben kann.

Fahrrad Diebstahl. In der Nacht vom 18. h. Mt. ist von dem Fluß eines Hauses in der Westhofstraße ein Fahrrad, Marke „Adler“, mit dem vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 9088 gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarz lackiertes Gestell und ebensolche Felgen und Speichen. Auf dem Sattel befand sich eine abgenutzte rote Satteldecke. An der hinteren Gabel befand sich ein festes Sicherheitschloß.

Ermittelt und festgenommen wurde ein in Wichen mohnhafter Mäurer, der versuchte, bei verschiedenen hiesigen Fahrradhandlern ein Fahrrad zum Kauf anzubieten, welches den Verdacht erregte, daß es von einem Diebstahl herrühren könnte. Dieser Verdacht scheint sich zu bestätigen, weil der Festgenommene über die Herkunft des Fahrrades wiederholende Angaben macht. Das Fahrrad wurde vorläufig in dem Bureau der Kriminalpolizei sicher gestellt. Dasselbe hat alten schwarzen abgenutzten Rahmen mit nach vorne gebogener Lenkstange und fast neue Felgen mit schwarzen Strichen abgesetzte Felgen, die fast neue Bereifung tragen. Nach Lage der Sache darf angenommen werden, daß das beschlagnahmte Fahrrad aus zwei verschiedenen Fahrrädern zusammen gefügt ist. Rechtmäßige Eigentümer werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Verstaatlichung der Apotheken. Wie verlautet, wird der Senat demnächst einen Gesetzentwurf betreffs Verstaatlichung der Hamburger Apotheken vorlegen.

Hamburg. Aufhebung umfangreicher Chemikalienverschleppungen. Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete den in Berlin ansässigen Kaufmann Werner, der auf Grund gefälschter Ausfuhrscheine umfangreiche Verschleppungen von Chemikalien nach dem Auslande unternommen hatte. Bei einem Durchsuchen seiner Berliner Wohnung fand man mehrere gefälschte Ausfuhrscheine sowie einen umfangreichen Briefwechsel mit Firmen vor, der sich auf die Chemikalienverschleppungen bezog. Zahlreiche Firmen sind der Mißthat überführt.

Hamburg. Spaltung der U. S. P. in Hamburg. Die Spaltung ist jetzt vollzogen. Vom 13. Oktober ab erscheint ein neues U. S. P. Blatt: die „Hamburger Tribune“ neben der Herzoglichen „Volkszeitung“. Das neue Blatt wird von Bergmann, dem früheren Führer der hiesigen U. S. P. und anderen rechtsgerichteten U. S. P.-Leuten geleitet. Den politischen Teil wird die „Hamburger Tribune“ vom Bremer U. S. P. Blatt erhalten, von wo aus auch die Finanzierung erfolgen dürfte, da die „Tribüne“ vorläufig nur über einen ganz minimalen Leserkreis verfügt. Das zumal, da sich ein anderer Teil unter des zur Sozialdemokratie zurückgefunden hat. Die Leute von Bergmann haben sich neulich zur Wahl der Delegierten nach Halle in „Hamburger Echo“ als „Sozialdemokraten in der U. S. P.“ bezeichnet. Man darf gespannt sein, wie sie nun die Gründung einer neuen U. S. P. motivieren werden. Die Arbeiterchaft mag einmal überlegen, wohin wir gekommen sind durch die umerlöse Zerplitterung und Verhehlung: vier sozialistische Zeitungen in Hamburg! Wann wird dieser Wahnsinn enden, und wann wird die Arbeiterchaft die Pfaffenhelden und Parteigründer um jeden Preis durchschauen und sich unter dem alten Banner einigen?

Riel. Einen Kartoffelrampall gab es aus eigenartiger Ursache in Riel. Durch Zeitungsinserat zeigte eine Firma an, daß sie Kartoffeln für 17 und 18 Mt. den Zentner abzugeben habe. Darauf erschienen zahlreiche Käufer und viele Arbeiter ließen der Arbeitsstelle fern, um von den billigen Kartoffeln einzunehmen. Sie mußten aber erfahren, daß ein Druckfehler vorlag und daß die Kartoffeln 37 und 38 Mt. kosteten. Darob entfielen nun lebhafteste Auseinandersetzungen, zumal die Arbeiter Ersatz für den verloren gegangenen Arbeitsverdienst verlangten.

Riel. Ein Todesurteil fällt das Schwurgericht gegen den 20jährigen Arbeiter Hermann Paß, Neumünster. Er hatte mit dem Arbeiter Burmeister, der sich inzwischen erhängt hat, den 72jährigen Pensionär Moß in seiner Wohnung überfallen und ermüdet. Sie raubten 200 Mark und eine Uhr. Von dem Gelde bekam der 21jährige Schloffer Max Wendig, der zu dem Vorbeden Rat gegeben hatte, 50 Mark ab. Dieser wurde vom Schwurgericht zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Riel. Kleiner Ausstellungspalast. Eine nordwestdeutsche Messe für Landwirtschaft und Fischerei wird im Herbst 1921 mit der Kleier Woche für Kunst und Wissenschaft, die alle Jahre abwechselnd soll, verbunden werden. Die Kunst- und Wissenschaftswoche will man in Zukunft etwas mehr volkstümlicher ausbauen und Veranstaltungen einführen, die mehr der breiten Masse zugänglich gemacht werden sollen.

Riel. Der Streik in der Kleier Fischindustrie dauert unverändert fort. Alle arbeiterfreundliche Zeitungen werden ersucht, davon Notiz zu nehmen.

Thebe. Der Demonstrationsskandale auf dem Land. Auf dem Markttag versammelten sich etwa 160 Personen, welche der herrschenden Kartoffelnot wegen auf platte Land zogen. Die Demonstration hat einen friedlichen Verlauf genommen und auch Erfolg gehabt, denn einem Teil der Demonstrierenden gelang es, Kartoffeln zu 20 Mt. für den Zentner, zu kaufen.

Schwerin. Bürgermeister und Minister vor Gericht. Vor dem Schöffengericht zu Schwerin fanden gestern Verhandlungen statt in der Angelegenheit des Bürgermeisters v. Lettner, Grevesmühlen, gegen den früheren Staatsminister Sirovich, der in einer öffentlichen Wahlverammlung zu Schwerin vom 13. Februar v. J. den Bürgermeister v. Lettner schwer beleidigt hatte. Ein vorgeschlagener Vergleich wurde von den Parteien abgelehnt. Nach fünfständiger Verhandlung wurde das Urteil dahin gefällt, daß der Angeklagte Staatsminister A. D. Sirovich zu 900 Mt. Geldstrafe, ausfallslos 60 Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

Schwerin. Großer Landdiebstahl. Im vergangenen Jahr wurde bei der Hypotheken- und Wechselbank das Fehlen eines größeren Geldebetrages festgestellt. Es gerieten mehrere Beamte in Verdacht, die Summe gestohlen zu haben. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß als Täterin eine Angestellte in Betracht kommt. Sie hat 200 000 Mt. gestohlen und die Summe zum Teil ihrem Schwager in Münster geschickt. Bei diesem wurden 50 000 Mt. beschlagnahmt. Bei der Diebin wurden 75 000 Mt. gefunden.

Oldenburg. Der Oldenburger Kanal. Die schon angekündigte kurze Tagung des oldenburgischen Landtages wird am 19. Oktober beginnen. Als Beratungspunkt steht das Kanalprojekt Campe-Dörpen zur Beratung.

Neueste Nachrichten.

Ein graufiger Fund.

U. Berlin, 14. Oktober. Arbeiter der Untergrundbahn an der Belle-Alliance-Brücke fanden gestern im Landwehkanal ein großes Paket, das Teile einer Frauenleiche enthielt und zwar ein Teil des Rückens, die rechte Gehäßhälfte und ein Stück des rechten Oberarms sowie des Unterleibs. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß dieser neue Leichenfund mit dem im Grunewald zusammenhängt, wo ein verbrannter Kopf, der vom Kumpfe abgetrennt worden ist, das Bestenzeug ohne Fleisch, zwei Oberarmknochen, von denen die Fleischteile ebenfalls entfernt worden waren, der Magen, die Leber und einige andere Fleischstücke gefunden wurden. Bei diesem Fund ließ sich mit Bestimmtheit nicht feststellen, ob es sich um eine männliche oder weibliche Leiche handelt.

Der Rötthener Kommunistenprozeß.

U. Dessau, 14. Oktober. Im Rötthener Kommunistenprozeß beschuldete der Hauptangeklagte, Privatlehrer Berg aus Saarbrücken, eine rote Armee in Sachsen und Anhalt sei am 18. August zum Aufstand bereit gewesen. Vorher habe sie noch vor den Toren Magdeburgs eine Übung abgehalten. Die Verteidigung bezeichnete Berg als Spitzel, der im Einvernehmen mit Gieseler und Polizeirat Nidder in Magdeburg gehandelt und den Kaiser in Höchst provoziert habe. Sie beantragt die Ladung Görings, Nidder und des Bergrats Eberich.

Bandarbeiterstreik im Kreis Mansfeld.

U. Halle 14. Oktober. In 93 Ortschaften des Mansfelder Kreises sind die Bandarbeiter in den Streik getreten.

England gegen die Verpachtung der ungarischen Staatsbahnen an Frankreich.

U. Wien, 14. Oktober. Das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, daß die englische Regierung gegen die Verpachtung der ungarischen Staatsbahnen an Frankreich Einspruch erhoben habe, um einer Behinderung des englischen Verkehrs mit dem Orient vorzubeugen. England und Frankreich sollen auch der im Vertrage von Gödölle vorgesehenen Vergrößerung der ungarischen Armee, die Frankreich bei der Balkansterkonferenz durchsetzen sollte, ablehnend gegenüberstehen.

Deutsch-ungarischer Handelsvertrag.

U. Wien, 14. Oktober. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird in den nächsten Tagen die Ratifizierung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Ungarn erwartet. Ungarn liefert Deutschland seine Ernteüberschüsse gegen Markauszahlung. Außerdem soll ein Abkommen über eine Markanleihe getroffen werden. Hierzu ist zu bemerken, daß in der letzten Zeit wiederholt gemeldet wurde, daß Ungarn der Schweiz seine Ernteüberschüsse überlassen habe. Es kann sich wohl kaum um größere Mengen bei der Ueberlassung an Deutschland handeln, da die ungarische Ernte nach amtlicher Feststellung sehr enttäuscht hat.

Machnows Abfall von General Wrangel.

U. Basel, 14. Oktober. Nach einer in Paris eingelaufenen drahllosen Moskauer Meldung hat Machnow, der volkstümlichste ukrainische Führer, seine Haltung wieder geändert und unterstützt nun die Poljschewiken im Kampfe gegen Wrangel. Die Machnowschen irregulären Truppen, meist Kavallerie, die sich inmitten der Truppen des Generals Wrangel befinden, können dort weit größeren Schaden anrichten, als die durch den russisch-polnischen Waffenstillstand freigewordenen bolschewistischen Truppen, die bis zur Operationsbasis noch einen weiten Weg zurücklegen haben. Machnow, der beste und populärste Führer im Donez-Distrikt, unterstützte bisher Wrangel. Er erstreckt eine freie Ukraine und ist gegen eine Zentralregierung. Dieses wird vielleicht der Grund seines Zerwürfnisses mit Wrangel sein. Der russische Außenminister Tschirkowin meldet nach Kiga, daß die Ursache von Machnows veränderter Haltung die revolutionäre Bewegung unter den Bauern sei.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Am Sonntag, dem 17. Oktober stehen sich im Bezirksspiel Marli I und II — Rüdning I und II in Rüdning gegenüber. Beide Spiele versprechen äußerst interessant zu werden, da sich die beiden ziemlich gleichwertig sind. Die zweiten Mannschaften spielen um 1 Uhr, die ersten anschließend.

Am Sonntag, dem 3. Oktober fanden sich im Bezirksspiel in Rüdning Rüdning I und Moisting I gegenüber. Beide Mannschaften waren sich gleich, doch konnte Rüdning mit Glück ein Tor reinwurkeln und damit 2 Punkte ergattern. A. St.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: August Schulz. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Kassel.

Zweiter Sitzungstag.

WB. Kassel, 12. Oktober.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht und über die dazu vorliegenden Anträge wird fortgesetzt.

Buchholz-Görlich fordert baldige Wiedereröffnung der Parteischule.

Eggerstedt-Kiel: Seit heute wird Halle die größere Aufmerksamkeit auf sich lenken. Wir gönnen den Radikalen diesen Ruhm. Vor den Wahlen hat wohl mancher von uns die Unabhängigen wegen ihrer günstigen Stellung beneidet. Heute wird mancher von Halle gern nach Kassel kommen. (Heitere Zustimmung.) In Kiel sind in der letzten Zeit täglich etwa 20 Unabhängige zu uns übergetreten, vor allem die älteren Genossen. Ihnen wollen wir keine Schwierigkeiten in den Weg legen, aber die unabhängigen Führer können wir noch eine ganze Zeit entbehren. (Zustimmung.) Die wiedergewonnene alte Monopolfstellung in der Arbeiterbewegung legt eine schwere Verantwortung auf unsere Schultern. Wir müssen alle Machtpositionen ausüben, auch in der Regierung. Aber natürlich können wir nicht mit Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei eine Regierung bilden. Ein Buch wie das: „Von Kiel bis Kapp“ ist nur zu verstehen aus einem Gefühl der Verärgerung heraus. (Widerstand Koskes.)

Franz-Waldburg-Schlef: Wir haben Bedenken gegen eine Beitragserhöhung. Die Gewerkschaften haben doppelt so viele Mitglieder als wir. Diese müssen wir für die Partei gewinnen, dann erhöhen sich mit einem Schlage auch unsere Einnahmen. Die Bildungsbestrebungen dürfen nicht zurückgestellt werden.

Leber-Jona: Die Scharte, die wir bei der Reichstagswahl den Unabhängigen gegenüber erlitten haben, haben wir bei der Landtagswahl wieder ausgeweht. Die Unabhängigen verloren 48 000 Stimmen. Wäre das nicht geschehen, so hätten wir auch im neuen Groß-Thüringen eine sozialistische Mehrheit.

Schönfelder-Hamburg: Die Kampfgemeinschaft während der Kapp-Lage ist leider bald wieder zerfallen. Der gegenwärtigen Regierung ist kein allzulanges Lebensalter zu prophezeien, aber wir müssen die Geleise des Handelns bestimmen.

Heinrich Schulz: Die Pflege von Bildung und Wissen gilt uns immer als selbstverständliche Aufgabe. In der Volks-Hochschulbewegung können wir mit Organisationen anderer Weltanschauung zusammenarbeiten, soweit nicht die Erziehung zum Sozialismus in Betracht kommt. In der Jugendbewegung zeigt sich gleichfalls neuer Geist und neues Leben. Die deutsche Kunst und Wissenschaft stehen in ernster Gefahr der Verelendung. Das wäre zugleich eine ungeheure Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Das durch den Sozialismus geklärte Kulturbild in der Welt voranzutragen, ist das ideale Ziel unserer Mitarbeit im neuen Deutschland. (Beif. Beifall.)

Bretthorst-Brieg: Der Burgfrieden in Oberschlesien wird von den bürgerlichen Parteien vielfach mißbraucht, um uns zu beschimpfen. Wir sollten auch für Oberschlesien nicht gemeinsam mit den Deutschnationalen demonstrieren. Dringend ist die Vermehrung der Provinzpresse.

Ein Schlußantrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Weis (Schlußwort): Wenn mein Referat philanthropisch genannt worden ist, so war das nur ein Lob. Mit Cohen sich zu befassen, lohnt kaum noch. (Sehr wahr!) In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ feiert er Millerand als einen besseren Sozialisten als viele unserer führenden Parteigenossen. (Große Heiterkeit.) Die Berliner Parteigenossen werden sich mit dieser Art ihrer Vertretung auf dem Parteitag noch zu beschäftigen haben. (Beif. Zustimmung.) Einem so geschickten Agitator wie Fehlich mußte es doch leicht sein, den Arbeitern den revolutionären Charakter gerade des Steuerabzuges klarzumachen. Wir haben gerade im letzten Jahre Aufreue genug erlassen. — In der Frage der Regierungsbildung sind wir alle einig. Im einzelnen aber geht die Fassung der Anträge doch auseinander. Parteivorstand und Parteiaussschuß haben sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und einen Antrag vorgelegt, auf den sich der ganze Parteitag einigen kann. Die Anträge, welche die Parteigenossen bei der Aufstellung der Kandidaten bringen wollen, bitte ich abzulehnen. (Beifall.)

Barfels (Schlußwort): Die Zwangslieferung der „Gleichheit“ läßt sich nicht durchsetzen. Die Beitragserhöhung ist notwendig. Der Vorschlag Franz führt nicht zum Ziel. (Beifall.)

Es folgt die

Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Dem Vorstand wird einstimmig Entlastung erteilt. Ueberwiesen werden ihm Anträge auf Ausbau des Mitteilungsblattes und der Parteikorrespondenz, auf finanzielle Unterstützung der Parteipresse, auf Ueberweisung der Anwesenheitslisten der Parlamente an die Bezirksorganisationen, auf Sicherung der Erzeugnisse der Revolution, auf frühzeitige Herausgabe des agitatorischen Materials, auf Anstellung weiblicher Sekretäre, auf Herausgabe des Friedensvertrages mit Kommentaren, auf Unterstützung des Republikanischen Führerbundes, auf Förderung der Laubbäume-Organisation, auf Ausbau der „Gleichheit“, auf Entsendung nur republikanisch gesinnter Männer als deutsche Vertreter ins Ausland. Ueberwiesen werden die Anträge auf Bindung der Parteigenossen bei der Aufstellung der Kandidaten. Einstimmig angenommen wird der Protest gegen die Zerstörung der Dieselmotoren. Vorf. Hermann Müller hofft, daß dieser Protest ein Echo bei den Sozialisten der Ententeländer findet.

Angenommen wird die Resolution des Parteivorstandes und Parteiaussschusses zur Regierungsbildung, die den Austritt der sozialdemokratischen Partei aus der Regierung nach den Reichstagswahlen billigt. (Wir haben die Resolution bereits gestern mitgeteilt. Der Schlußsatz lautet: „Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen.“)

Angenommen wird ferner ein Antrag auf Förderung des Genossenschaftswesens. Ueberwiesen ein Antrag, der die Einigung des Proletariats über die Köpfe der Führer hinweg fordert. Die übrigen Einigungsanträge werden dem Parteivorstande überwiesen. Die Anträge auf Demokratisierung der Verfassung und Gewaltenteilung in Preußen werden dem Parteivorstand und der preussischen Landesparlamentarierfraktion überwiesen. Angenommen wird ein Antrag von Parteivorstand und Parteiaussschuß, durch den die Mindest-Mitgliederbeiträge für Männer und Frauen verdoppelt werden, wobei in rein fiskalischen Bezirken der Beitrag ermäßigt werden kann. Es folgt als dritter Gegenstand der Tagesordnung der

Bericht der Reichstagsfraktion.

Silkenbrand-Stuttgart (Referent): Unsere Hauptaufgabe war, den Krieg zu liquidieren und einer sozialistischen Gemeinschaftswirtschaft die Wege zu ebnen. Bedeutendes konnten wir durchführen, leider aber nicht alle unsere Wünsche, denn wir haben ja im Parlament nicht die Mehrheit. Den Vertrag von Versailles wollen wir durchführen, soweit wir können. Gegen die Besetzung des Rheinlandes und der Pfalz können wir prinzipiell nichts einwenden, wohl aber wehren wir uns gegen die Kosten, welche die maßlosen Liebhabereien einer großwahnsinnigen Militärkaste uns auferlegen. (Sehr wahr!) Ohne Bekräftigung von dieser Militärkaste ist eine Wiedergutmachung unmöglich. Für die Opfer des Krieges haben wir das Menschenmögliche getan. Wir haben heute die freieste Verfassung der Welt. Das Betriebsrätegesetz, bei dem die Unabhängigen vollständig versagt haben, muß von den Betriebsräten als ein Mittel der wirtschaftlichen Interessensvertretung benutzt werden. Politische Arbeiterkräfte können wir ab. Wohl aber werden wir durch die Betriebsräte praktische Sozialisten betreiben, die anders aussehen wird, als die des Ministers v. Kaumer. — In der Heeresfrage sind wir leider durch das Diktat der Entente zu einem Söldnerheer gekommen, das uns viel mehr kostet als das Volksherr, wie wir es uns denken. Es wäre besser gewesen, mit der alten Staatsverfassung auch der kapitalistischen Reichspflege ein Ende zu bereiten. (Beif. Zustimmung.) Viele Richter urteilen noch nach dem Recht der Vergangenheit. Die Auslegung des Amnestiegesetzes durch das Reichsgericht ist der Gipfel von Unrecht und die Unherverfolgung des Kapp-Aufstandes von Rechts wegen, ist einfach ein Skandal. Große Wirtschaftsvorarbeiten aufzustellen, wäre ein Fehler gewesen, denn die Wirklichkeit hätte sie über den Haufen geworfen. Der Widerstand gegen den Steuerabzug war vorzeitig und unüberlegt. Eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird der Reichstag demnächst beschließen. Die Befreiung der Einzelstaaten in der Verfassung von Weimar herbeizuführen, hätte die größten Schwierigkeiten geboten. Sie wird sich mit der Zeit von selbst durchsetzen. Die alte Koalition war nach dem Aus-

fall der Wahlen nicht mehr tragfähig. Unsere Stellung ist im neuen Reichstage viel weniger hart als in der Nationalversammlung. Sie zu stärken, muß Sache der Arbeiter sein. Für uns gab es stets nur ein Ziel: die treue und energische Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes, Förderung wahrer Demokratie und zielklare Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaft. (Beif. Beifall.)

Die allgemeine Debatte über den Fraktionsbericht wird auf nachmittags vertagt. Sozialisierungs-, Wirtschafts- und Ernährungsfragen werden getrennt behandelt.

Vorf. Hermann Müller teilt mit, daß der Gelehrte Dr. Magnus Hirschfeld, Mitglied der S. P. D., in München seinen Verletzungen erlegen ist. (Die falsche Nachricht der Demagogatur wurde bereits widerrufen. Red.) Der Parteitag erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen. — Einstimmig wird folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag brandmarkt mit größter Schärfe die Ausschreitungen deutschpöblischer Kreise, die in dem Gelehrten Dr. Magnus Hirschfeld ihr erstes Blutopfer gefordert haben. Er weist die Verantwortung für die wilden Ausschreitungen, die Deutschland in aller Welt beludeln, weit von sich. Der Parteitag fordert die Genossen auf, den deutschpöblischen Hebern überall mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten und die klaren Ziele des Klassenkampfes nicht durch eine öde, der Gegenrevolution dienende Rassenhege verwischen zu lassen.“ (Beif. Beifall.)

Ein Begrüßungstelegramm der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie wünscht dem Parteitag besten Erfolg. — Vorf. Hermann Müller begrüßt die Delegierten Hadelberg-Berlin, einen der Ausgewiesenen unter dem Sozialistengesetz, zu seinem 60. Geburtstag.

Kunmehr tritt die Mittagspause ein.

Es folgt die

Besprechung des Berichts der Reichstagsfraktion.

Szovig-Breslau: Die Abgeordneten müssen ihre Tätigkeit etwas ernster nehmen. Wenn man nach Berlin kommt, staunt man über die Leere der Säle im Reichstag und im Preussischen Landtag.

Große-Hamburg: Die Reichsversicherungs-Ordnung muß wenigstens in den Punkten geändert werden, wo es sich um Rentenberechnung für Unfall-Verletzte handelt. Das Behringswesen muß neu geregelt werden. Die Rechtspflege erfordert besondere Berücksichtigung.

Bielser-Wolfenbüttel: Ich bedauere, daß der Parteitag es abgelehnt hat, der Fraktion für ihr Verhalten nach dem Kapp-Zug ihre Mißbilligung auszusprechen. Die Arbeiterschaft hätte den acht Punkten vertraut und heute ist von ihnen nicht mehr die Rede. Wenn die Dinge so weiter gehen, haben wir kein Vertrauen mehr zur Sozialdemokratischen Partei. (Heiterkeit.)

Sollmann-Köln: Ich bedauere, daß unsere Vertreter im volkswirtschaftlichen Ausschuss sich für die Erhöhung des Brauenertrags ausgesprochen haben. Genosse Bieler hat vergessen, daß wir einen ungünstigen Wahlausgang hinter uns haben und damit unsere Macht geschwächt ist. Die Berichterstatter über unsere Parlamentarität ist ganz ungenügend. Wir müssen uns hüten, in der Wahlagitatorik Forderungen zu erheben, von denen wir wissen, daß sie bei der jetzigen Wirtschaftslage unerfüllbar sind. Die Auswahl der Kandidaten zu den Parlamenten muß viel wichtiger gesehen werden. Wir haben sehr viele Parteisekretäre in der Fraktion, aber keinen einzigen praktischen Kenner der Landwirtschaft, der Industrieorganisation oder des Handels. Wir brauchen dort Männer, die das Wirtschaftsleben kennen. Unsere Redner und Schreiber dürfen auch den Vertrauensleuten der Partei in der Regierung die Arbeit künftig nicht wieder durch wilde Angriffe schwer machen. (Beifall.)

Schöpflin-Karlsruhe: Die Reichswehr wird immer mehr zu dem Schwerte geschmiedet, mit dem die Deutsche Republik erschlagen werden soll. (Bieler ruft: Späte Erkenntnis!) Nein, nur unter dem Druck zwingender Verhältnisse haben wir der Reichswehr zugestimmt. Wenn es selbst für Unabhängige Situationen gibt, wo sie nach Reichswehrbataillonen rufen, dann ist es nicht wunderbar, daß der militärischen Reaktion der Raum gegeben ist. Herr v. Seeck läßt sich von Geßler kaum noch sprechen, wenn es ihm nicht paßt. (Hört, hört!) Er imponiert eben keinem Offizier. Herr Geßler hält überall im Reich schöne demokratische Reden. Die Rede ist fort und die Mäule spielen in der Bendlerstraße. (Heiterkeit und Beifall.) Der Etat, den dieser demokratische Minister vorlegte, ist einfach unbegreiflich. Für das Hunderttausend-Mann-Heer werden z. B. 45 500 Pferde gefordert. Geßler ist eine Gefahr für die Republik.

Edward Bernstein: In den anderen Reichsämtern steht es nicht besser aus als im Reichswehrministerium. (Sehr wahr!)

Jesus von Holzhausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

18. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Die Volksabende hatte er auch dieserhalb eingestellt; die Bauern hätten während des Sommers überdies wenig Lust gefunden, nach der beschwerlichen Tagesarbeit, die sie vom ersten Mahnschrei an ins Joch band, ihm des Abends noch zuzuhören. Er gedachte, sie erst gegen den Winter hin wieder einzurichten.

Alles nahm seinen geregelten und ruhigen Verlauf, und er war's zufrieden.

Da er eines Tages vom Unterricht heimkam, fand er Fräulein Radesläche in der Wohnstube. Bei seinem Eintritt wandte sie sich erschrocken um und trat ans Fenster. Er hatte aber den geschwollenen Augen und dem roten Gesicht des Mädchens wohl angesehen, daß es heftig geweint hatte und nun jedenfalls bei der Mutter Trost suchte.

Er ärgerte einzutreten. Da winkte ihm die Mutter zu; er verließ das Zimmer und kletterte in sein Stübchen hinauf. Ein wenig Sorge und Unruhe wurden in ihm wach.

Sollten die heimlichen Zusammenkünfte mit dem Ingenieur dem Vater bekannt geworden sein und ihr neues Ungemach gebracht haben! Da mußte der Bauer arg gepölkert haben; denn die Not des Mädchens schien groß zu sein.

Da trat die Mutter zu ihm ins Zimmer.

Das arme, arme Ding! sagte sie, schüttelte verzweiflungsvoll den Kopf und setzte sich ratlos an den kleinen Fensterrand.

Was ist, Mutter?!

Die Frau gab keine Antwort; sie sah durchs Fenster, und auch in ihren Augen standen helle Tränen. — Dann stand sie auf —

Ja, daß du's weißt, sie ist so weill!

Der Sohn sah die Mutter verständnislos an — — — Ich be-greife wirklich nicht!

Mein Gott, ist denn das so schwer zu verstehen, wenn ich von einem jungen Mädchen sage, es ist so weill!

Mutter! schrie der Behrer.

Die Frau nickte traurig. Sie hat's mir eben gestanden. Der Ingenieur will heute noch einmal zu ihrem Vater gehen. Er meint, jetzt müsse er seine Einwilligung geben!

Dem Behrer kam eine böse Verdacht: So hatte der Ingenieur vorgehabt, den Bauer damit zu zwingen; das war häßlich!

Möglich, möglich; und das Entsetzliche ist arglos keinem Man-

Die Frau ging hin und her. — — Mir ist's immer, als könnte das nicht wahr sein! Und dann jammerte sie wieder: Der Bauer wird sie umbringen, wenn er's erfährt!

Sie nicht, aber den Ingenieur!

Kun sitzt sie unten und weint zum Herzerbrechen. Und magt sich nicht nach Hause!

Die Mutter sah ihren Sohn an. Der sah nachdenklich vor sich hin. —

Nein, Mutter, das geht nicht! Ich fürchte den Bauer nicht, aber des Mädchens wegen ist's besser, du bringst sie heim zu ihrer Mutter! Das ist Frauenache!

Das soll wohl richtig sein. Wenn ich nur die Bäurin treffen! wehklagte sie.

Damit ging sie wieder zu dem Mädchen herunter. In der Türe wandte sie sich noch einmal um: Willst du ihr nicht ein paar tröstende Worte sagen, sie hat dich doch immer so hoch gehalten?!

Jetzt nicht, Mutter, sie ist auch noch zu verschüchtert, ihr wirres Herz muß erst bei dir in Ruhe kommen!

Der Behrer versuchte dann zu arbeiten, aber es gelang ihm nicht, seine Gedanken zu konzentrieren; immer wieder mußte er an das unglückliche Mädchen denken.

Ja, wenn der Vater das Unglück zum Anlaß nahm, seinen Widerstand aufzugeben, so war zwar keine ehrenvolle, aber immerhin anständige Lösung der Not gegeben. Aber er befürchtete bei der Halsstarrigkeit und dem Jähorn des Bauern einen üblen Ausgang.

Er durchlief mechanisch Seite um Seite und war froh, als unten die Haustür ging und die Mutter mit dem Mädchen das Haus verließ.

Er wartete noch einige Minuten, dann stand auch er auf, griff nach dem Hut und trat ins Freie. Er ging schnellen Schrittes die Dorfstraße hinauf. Bewundert haben einige Bauern ihm nach, wie er ohne Gruß an ihnen vorbeilegte. Nach einer knappen Viertelstunde stand er vor dem Stationshaus. Er klopfte, er rüttelte an der Türe. Sie wurde nicht aufgetan. Er versuchte, durch das niedrige Fenster in das Zimmer zu schauen. Er konnte niemanden darin entdecken: Der Ingenieur war nicht zu Hause, so war er jedenfalls bei dem Bauern. Langsam ging er die Straße auf und ab; er wartete eine Viertelstunde, eine halbe Stunde; — der Ingenieur kam nicht; da trat er langsam den Heimweg an.

Bald nach ihm trat auch die Mutter ein.

Ich, ich das ein Unglück! jammerte sie.

Hast du ihre Mutter getroffen oder bist du etwa mit dem

Der Bauer ist zur Stadt gefahren!

So hat der Ingenieur ihn nicht sprechen können?!

Doß, mit dem Ingenieur ist er zur Stadt!

Die Frau war vor Aufregung benommen, sie setzte sich und wehklagte nur: Ach, das Unglück, das Unglück!

Der Sohn ließ ab mit Fragen. Erst nach einer Weile, da die Mutter ruhiger geworden war, bat er: So, Mutter, nun erzähle einmal, was dir begegnet ist, und was du weill!

Ah, es ist gar nicht auszubedenken! begann die Frau.

Also, ich kam mit der Elfe auf dem Hof an. Von einer Magd, die gerade aus dem Stalle kam, erfuhr ich, daß der Bauer mit dem toten Ingenieur — —

Mutter! Das ist nicht wahr! Er hat ihn erschlagen?

So höre doch — — — daß er mit ihm zur Stadt gefahren sei. Die Bäurin empfing uns in der Küche, schob uns aber sofort in ein über den Flur gelegenes Wohnzimmer. Ich glaub', die Frau hat bei dem eigenwilligen Bauer keine guten Tage gehabt. Das Leid muß ihr einen Herz hart, aber doch empfänglich für anderer Leid gemacht und alle ihre Tränen ausgetrodet haben.

Du arm', arm' Kind! sagte sie nur, als die Elfe vor ihr auf die Knie fiel und schluchzte. Sie zog sie hoch und drückte sie auf einen Stuhl. Sei ruhig, ich weiß schon alles, nur ruhig — — — und dabei stand sie neben ihr und hielt und streichelte ihre Hand. Und nun geh' hübsch in dein Zimmer; ich komme gleich zu dir, ich will nur noch etwas mit Frau Schöner besprechen.

Die Elfe küßte die Mutter schen und verließ uns dann. Und nun hörte ich von der Bäurin: Der Ingenieur war des Nachmittags zu dem Bauern gekommen. Was sie im Zimmer geredet, hat wohl niemand gehört; plötzlich hat man nur einen wilden Schrei des Bauern vernommen, und gleich ist die Tür aufgesprungen, und der Ingenieur, von den Franken des starken Bauern gepackt, hinausgeschleudert. Wie ein wütender, wilder Stier habe der Bauer ausgesehen und mit Fuhrtritten und Faustschlägen den Mann vor sich her gejagt, bis auf den Hof. Hier habe er seinen Hund gepölkert und ihn auf den Ingenieur gehetzt.

Meine ehrlichen Hände sind mir zu schad' für das Ruder! habe er geäußert.

Der Ingenieur hatte sich eines solch brutalen und wilden Angriffs nicht erwehren können; das Bewußtsein seiner Schuld hatte ihm auch wohl die Widerstandskraft genommen. Genug, erst da der Hund auf ihn zu sprang, hatte er einen auf dem Hofe liegenden Knüttel aufgegriffen, um sich den wütenden Willen der Bestie zu erwehren. Rückwärts ist er gedrückt, um die Hofeinfahrt zu gewinnen. Und er Bauer hat gehetzt, und der Hund ist dauernd mit heiserem Geheul und mit jappendem Raul auf ihn zuge-

sprungen.

Die Entsendung von Republikanern ist eine Selbstverständlichkeit, aber durchsetzen werden wir dies erst in einer anderen Zusammengehörigen Regierung. Zweifelloser ist in Berlin im Auswärtigen Amt viel gesündigt worden, aber ich weiß, daß viele Gesandte draußen die Fehler erkannt und während des Krieges über die Berliner Regierung erlitten haben. Aber sie konnten die Verhältnisse nicht ändern. Soll die Republik nicht in Anarchie verfallen und zu einem Opfer der Reaktion werden, dann sind wir in Deutschland noch auf lange Zeit hinaus auf die Mitwirkung anderer Parteien angewiesen. Selbst wenn wir die absolute Mehrheit hätten, würde ich empfehlen, bürgerliche Elemente heranzuziehen, denn ihre Mitarbeit ist unentbehrlich. (Zustimmung.) Dementsprechend müssen wir auch unsere Sprache den bürgerlichen Elementen gegenüber einrichten. Die Voraussetzung für jede Mitarbeit der Sozialdemokratie in einer Regierung muß eine passifische Politik sein. Wie kommt das „B. L.“ dazu, anlässlich der Morde in Weimar in der Villa des Admirals Scheer von „dem Sieger von Stagera“ zu sprechen? Jeder weiß doch, daß diese Seeschlacht mit erheblichen deutschen Verlusten geendet hat. Auch ich will eine mäßigste Annäherung an Russland, aber wir brauchen ihm nicht nachzulaufen. Wir wollen mit allen Nationen zusammenarbeiten und Russland nicht einseitig herausgreifen. (Beifall.)

Doebes-Breslau: Ueber die Steuergesetze fehlt es an Aufklärung. In Brüssel lehnten diese Tage die internationalen Kapitalisten einmütig den Sozialismus ab. In Berlin aber erging sich der Betriebsrätekongress in nichtswürdigen Geschäftsordnungsdebatten und Arbeiter schlugen sich die Köpfe ein. Um den Steuerhunger haben die englischen Arbeiter lange Jahre gekämpft. Die Fraktion sollte dagegen protestieren, daß der Reichsfinanzminister die Auskunftspflicht der Banken durch eine einseitige Verordnung auf ein Mindestmaß herabgedrückt hat. Wir fordern feste Maßnahmen gegen die Steuerhinterzieher.

Estlin-Breslau: Daß auch ein Söldnerheer ein verlässliches Instrument des Proletariats sein kann, beweist das Beispiel Deutsch-Oesterreichs. Gegen Gehler müssen wir den härtesten Kampf ansetzen.

Frau Wulf-München begründet den Antrag auf Beistand bei Schulmeisern.

Frau Wulf-München: In einer Zeit, wo alles flieht, sind allgemeine bindende Richtlinien nicht aufzustellen. Wir müssen uns auf unseren gesunden Verstand verlassen. Den Arbeitslosen muß mit allen Kräften geholfen werden. Es ist übrigens richtig, daß die Entente die Vorlegung des Gesetzes über Erwerbslosenunterstützung verlangt, bevor die Vorlage dem Reichstag zugeht. Gegen solche Eingriffe in unsere ureigensten Interessen müssen wir härtesten Widerpruch erheben. Daß die Partei alles tun wird, um Oberösterreich dem Reiche zu erhalten, ist selbstverständlich. Ueber die Verhältnisse Bayerns zum Reiche habe ich in Uebereinstimmung mit allen bayerischen Vertretern folgendes zu sagen: Gegenüber den besonders im Freistaat Bayern noch reaktionären Elementen im Bunde mit französischen Chauvinisten geführten separatistischen Bestrebungen bekennen wir bayrische Sozialdemokraten uns einmütig zur Deutschen Republik. Die wirtschaftliche und politische Stellung Bayerns erfordert die feste Eingliederung und Verankerung in die Deutsche Republik. Das liegt im Interesse Bayerns und des Reiches. (Beifall.) Aus voller Ueberzeugung bekämpfen wir jeden Abplitterungsversuch der Gegenrevolutionäre. Gegenüber dem Samberger Aktionsprogramm der Bayerischen Volkspartei nehmen wir den härtesten Kampf auf. Jeder Versuch, die Pläne dieses Programms zu verwirklichen, würde den völligen Niederbruch unserer Volkswirtschaft herbeiführen. Die Heimatkultur und Stammeseigenheiten werden von uns wie bisher verteidigt werden, sie finden in einer geschlossenen deutschen Republik volle Entfaltungsmöglichkeiten. Berechtigte Klagen über wirtschaftliche Benachteiligung Bayerns und des Südens werden aus durchsichtigen Gründen zu Unrecht der republikanischen Staatsform zur Last gelegt. Diese Benachteiligungen aber sind das unelastische Erbe aus der kapitalistisch-militaristischen Epoche Deutschlands. Wir verlangen und erwarten, daß die Reichsregierung darauf hinwirkt, daß alle Teile Deutschlands gleichmäßig an dem Wiederaufbau mitwirken und gleichen Anteil haben können. So stehen wir im Kampf gegen jede wirtschaftliche, politische und kulturelle Rückwärtsentwicklung des Reiches fest zur alten deutschen Sozialdemokratie, deren Programm in einer geschlossenen Einheit des Reiches die Voraussetzung seiner friedlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Weltentwicklung liegt. (Beif. wiederh. Beifall.)

Reil-Schwartz: Unser Austritt aus der Reichsregierung hat natürlich schwere Schattenfolgen gehabt. Seit dem Amtsantritt des Schatzministers v. Kaumer sind alle Kräfte seines Ministeriums darauf eingeeilt, die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie in ihr Gegenteil umzuwandeln, da er der Privat Elektrizitätsindustrie nahesteht und auf diesem Gebiete zu sehr „Kammerminister“ ist. (Heiterkeit.) Die Fraktion wird zu gegebener Zeit Herrn v. Kaumer das Handwerk legen müssen. Das gesamte Finanzproblem können wir aus eigener Kraft nicht lösen, dazu gehören internationale Vereinbarungen, die den Notenumlauf durch internationale Anleihen konsolidieren und unseren Goldkurs stabilisieren. Unsere Einfuhr muß aufs äußerste beschränkt, die Ausfuhr gesteigert werden. Notwendig ist ferner eine streng gestaffelte Aufwandssteuer, denn es ist unerträglich, daß eine kleine Oberschicht das zwanzig-, dreißig- oder fünfzigfache für den eigenen Verbrauch beansprucht, von dem, was der großen Masse zusteht. Die Grundzüge der direkten Reichssteuer entsprechen unseren Anschauungen, aber die Durchführung läßt auf Schritt und Tritt zu wünschen übrig. Die Parteioptionen haben die wichtige Aufgabe, Belehrungen und Aufklärungen über die Steuergesetzgebung in den Kreisen unserer Anhänger zu verbreiten.

Leuterk-Hamburg: Wir müssen alles tun, daß endlich unsere Kriegsgefangenen aus Sibirien zurückkehren. Auf den Hamburger Werften spielt die Flaggensache eine große Rolle, da sich die Arbeiter weigern, Schiffe vom Stapel zu lassen mit den Farben der Rapp-Äntzow. Die Farben der Deutschen Republik müssen wehen, damit alle Menschen sehen, daß sie lebt trotz Reaktion und Sanktionen.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt. Der Vorsitzende Scheidemann teilt mit, daß die Nachricht vom Tode Dr. Hirschfelds falsch sei. — Es sind noch eine Reihe weiterer Begrüßungstelegramme eingetroffen. Schluß nach 6 Uhr.

Zusammenkunft der preussischen Delegierten.

Am Dienstagabend um 7 Uhr gab der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, Siering, vor den preussischen Delegierten einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Besprechung und Wahlgesetz müssen so schnell als möglich verabschiedet werden, damit die Wahlen Anfang nächsten Jahres stattfinden können. Vielleicht müßte deshalb das Wahlgesetz noch vor der dritten Lesung der Besprechung verabschiedet werden, weil sonst die vorgeschriebenen Fristen des Wahlgesetzes nicht mehr eingehalten werden könnten. Zur Aufstellung der Landtagsmandatanten und Vorbereitung der Wahlarbeit bilden die preussischen Mitglieder des Parteivorstandes, des Partiausschusses und die Landtagsfraktion eine Instanz. — Die Konkurrenz verabschiedet auf eine Distanz. Auf dem Parteitag soll, wie das bayrische, auch ein preussisches Referat zur Reichseinheit abgehalten werden.

21. Okt. 18. Oktober. (Vorbericht.) In der heutigen Morgenversammlung wurde zunächst die gestern abgebrochene Debatte über die Fiktionsberichte weitergeführt, sowie über die in der Frankfurter Konferenz erörterten Fragen berichtet. Deleuze Grünberg-Münster forderte einen deutschen nationalen Feiertag für die Frauen, an welchem diese erkennen sollen, daß Deutschland eine Republik geworden ist. Frau Ledebour-Berlin bezeichnet es als einen Schandtag, die Verfassung, wenn die ungeliebte Partei wieder...

gemacht werde. Andere Rednerinnen protestierten gegen das Arbeitsverbot für verheiratete Frauen. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen von Julius Frank-Rattow, der die oberschlesische Frage aufroste. Ober-schlesien sei heute nicht besetztes Gebiet, sondern Kriegsgebiet. Noch immer werde in Deutschland das erforderliche Verändnis für Oberschlesien nicht gezeitigt. Das polnische Abstimmungsreglement dürfe nicht mit einer Handbewegung abgetan werden. Die Ententepolitik in Oberschlesien werde von Frankreich gemacht, und die Schwierigkeiten würden auch nach der Abstimmung nicht aufhören. Der Redner forderte den Parteitag auf, darauf hinzuwirken, durch internationale Aufrufe zur Durchführung einer unbeeinträchtigten Abstimmung beizutragen. Dieser Pommern (Wals) verlangte darauf eine Vertretung der Bewohner des Saargebietes in der preussischen Landesversammlung. Unter lebhaftem Beifall erklärte der Redner: „Wir betrachten uns als Deutsche; wir wollen die Verbindung mit unseren preussischen Brüdern aufrechterhalten und nach 15 Jahren zurückkehren.“ Ministerpräsident Braun gab hierauf eine Erklärung über ein ungeeignetes Brechen ab, die den Niederschlag einer gestern abend abgehaltenen Besprechung der preussischen Delegierten darstellt. Diese Erklärung begrüßt die gestrige Erklärung von Auer-München und betont, daß sich die preussischen Delegierten einig fühlen mit den Genossen in Bayern und nachdrücklich alle Bestrebungen ablehnen, die auf eine Aufstellung Preußens hingen. Ferner werden alle Treibereien, die einen Gegensatz zwischen Bayern und Preußen herbeiführen geeignet sind, scharf verurteilt.

Der Parteitag der USP.

Halle, den 18. Oktober.

In ihrem Schlusswort mehrte sich die Referentin Ziek gegen die Angriffe Könens und verschiedener anderer Redner der Linken. Zu einem interessanten Zwischenfall kommt es, als von der Linken verlangt wird, den Abender des Telegramms aus dem Ruhrgebiet zu nennen, der gegen die Errichtung der Räterepublik sich gewandt hat. Es meldet sich Ludwig-Hagen, was Beifall von der Rechten der USP und Gelächter links hervorruft. Ferner nochmals, als Frau Ziek enthüllt, daß bei den Verhandlungen in der Regierung über die Ruhrgebietkämpfe auch die Kommunisten Revy und Pud anwesend waren und sich ebenfalls für Verhandlungen einsetzten. Selbst Radek, den die Linke doch gelte läßt, hat ausgeführt, daß die Taktik der USP durchaus richtig war, während die kommunistische Partei eine sehr unklare Haltung eingenommen hat. Wenn wir mit dem Gewerkschaftsbund aufkommengingen, dann taten wir es nicht aus Liebe zu Regien, weil wir der Einheitsfront des Kapitalismus der Einheitsfront des Proletariats entgegenstellen wollten.

Darauf wird der Antrag auf Entlassung angenommen. Der Vorsitzende ernannt nochmals die nichtstimmberechtigten Vertreter, sowie die Vertreter der anderen Parteien, den Saal zu verlassen. (Zuruf: Dr. Lepp.) Der Vorsitzende begrüßt dann die trotz der Nichtanmeldung erschienenen Vertreter ausländischer Bruderparteien, Marloff, den Führer der Menschewiki, Losowski von der russischen Gewerkschaftsdelegation, Longuet, Frankreich, Sinowjew, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, Sabagow und Schablin, Bulgarien, Frau Grimm, Schweiz, sowie einen Vertreter des jüdischen Arbeiterbundes Russlands.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Stellungnahme zur Dritten Internationale, ergreift Crispin zu langen Ausführungen das Wort: Die tiefgehenden inneren Kämpfe in unserer Partei, die sich ähnlich in allen übrigen revolutionären sozialistischen Parteien anderer Länder abspielen, haben nach dem zweiten Kongress der kommunistischen Internationale an Schärfe zugenommen. Die heftigen Formen dieser Kämpfe wären vermieden worden, wenn die Kommunisten einfach gesagt hätten: „Wir teilen Euren Standpunkt von der USP nicht mehr, wir trennen uns von Euch.“ Die Unabhängige Partei Deutschlands soll sterben, so schreien die bürgerlichen Rechtssozialisten und Kommunisten. Es gibt keinen Unabhängigen, der erst auf dem Boden unseres Leipziger Programms steht, der jemals noch in die SPD eintreten könnte. Wenn jetzt diese eine vorübergehende Mittliederzunahme aufweisen kann, so ist das nur ein Zeichen der Verzerrung, die aus den inneren Kämpfen in der Arbeiterkraft entstanden ist. Wir werden auch weiterhin den Trennungsstrich gegen die SPD. aufs härteste ziehen.

Crispin gab in seinem Referat die Hauptschuld an der Zerplitterung dem Zentrum ungeschulter Kräfte, der nach dem Krieg in die sozialistische Partei eintrug. Bis der unzufriedene Arbeiter zum klassenbewußten Kämpfer wird, das ist ein langwieriger Prozeß, der durchgemacht werden muß. Die kommunistische Partei hat ihre einzige Aufgabe im Kampfe gegen die USP gesehen und so vergessen, daß es einen Todfeind des Proletariats gibt: den Kapitalismus. Es gibt jetzt schon vier kommunistische Parteien, ein Beweis, daß die Zerfahrenheit unbedingbar zu einer Seitenbildung führen müssen. Das Agrarprogramm wie es in den Leitlinien zur dritten Internationale enthalten ist, ist dem unseren grundsätzlich entgegengesetzt. Auch in der Frage des Rätesystems gehen wir grundsätzlich andere Wege. In unserem Programm bringen wir klar zum Ausdruck, daß das Rätesystem seine Vollendung erfahren wird, wenn das Proletariat die politische Macht in Händen hat. Der verdamnte Unteroffiziersgeist muß unter allen Umständen aus der proletarischen Bewegung verschwinden. Den Terror lehnen wir ab. Uns ist durchaus klar, daß der proletarische Endkampf nicht ohne Gewalt abgehen kann, aber wir müssen uns vorbehalten, das Mittel des Terrors nur von Fall zu Fall anzuwenden. In einer stürmischen Unterbrechung kommt es dann, als Crispin erzählt, daß Däumig ihm geraten habe, nach Russland flüchten zu wollen, um Gefälligkeiten zu erhalten. Rosa Luxemburg, die große Vorkämpferin der Revolution, war es, die den Terror unter allen Umständen für die proletarische Revolution ablehnte. (Hört, hört!) „Die proletarische Revolution“, schreibt sie, „ist keine Aktion der Minderheit, um ihren Willen der Mehrheit aufzuzwingen, sondern die Aktion der Millionen, die die Erlösung der großen Masse des Volkes bringt.“ Als Genosse Stöder in Moskau auf diese Auffassung hinwies, wurde ihm erwidert, daß sei eine Kleinbürgersche Anschauung, mit der man in der dritten Internationale nichts anfangen kann. Wir erklären, daß wir mit dem asiatischen Verständigungsmittel der Welt den Frieden nicht bringen können. Für uns kommt die Diktatur nur für die Uebergangszeit in Frage. Auch in der Frage der Taktik scheiden wir uns klar von den Kommunisten. Wir lehnen besonders die Kriegshehe ab, die in Deutschland von der SPD getrieben wird. Wir haben alle Kräfte, die an uns von deutschen Generalen direkt oder indirekt gerichtet wurden, und die uns aufforderten, mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen die Entente zu führen, abgelehnt. Die SPD und die Befürworter der 21 Punkte in unseren Reihen haben diese Ablehnung nicht so streng genommen. Wir lehnen aber jede Gewaltanwendung zur Annäherung des Friedensvertrages ab, da sie nur Krieg mit Bürgerkrieg vereinen würde. Unsere Abhängigkeit vom Ausland, besonders in der Lebensmittelfrage, läßt allein schon dieses Spiel verwerflich erscheinen. Erst wenn wir eine starke, lebensfähige, nationale Arbeiterpartei haben, dann erst können wir eine starke aktionsfähige Internationale bilden. Selbst in der Räterepublik, sagt Lenin, würden auch Verträge anerkannt werden müssen. Wir in Deutschland können in diesem Augenblick unter keinen Umständen die Sowjetrepublik ausruhen, weil die Arbeiterkraft auch heute noch in fester Feindschaft gegeneinander steht. Ich ermahne an das Verhalten der Danziger Arbeiter, die für englisches Geld unsere Genossen im Stich ließen. Auch in der nationalen Frage trennen wir uns von den Kommunisten. Nur aus einer verzögerten Auffassung der weltgeschichtlichen Lage heraus hat die Delegierten zu verstehen, die uns gestellt wurden. Auch Frankreich, England und die Schweiz lassen sich die Spaltung nicht gefallen. (Beifall wiederh. Beifall wiederh.) Die

Moskauer Diktatoren verlangen die Beilegung aller Streitigkeiten der U. S. P. und derer, die überhaupt selbständig denken. Das Exekutivkomitee in Moskau ist und bleibt ein russisches Exekutivkomitee. Man hat uns in Moskau ebenso schlecht behandelt wie die Vertreter der R. P. D., und ich kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie den Kongress verlassen. (Große Unruhe, Glor des Präsidenten.) Wir lehnen die Bedingungen grundsätzlich ab. Ueber die Zugehörigkeit zu einer Partei, über die Gewinnung kann man nicht abstimmen. Das ist Terror, wenn Mitglieder, die innerlich bereits nicht mehr zur Partei gehören, die Richtung einer anderen Partei bestimmen wollen. Wer nicht mehr zu den Grundsätzen der Unabhängigen Partei sich bekennt, mag gehen.

In der Nachmittags Sitzung führte Däumig aus: Wir haben uns nicht vom revolutionären wissenschaftlichen Marxismus abgewandt, sondern weil wir durch keine Schule gegangen sind, kommen wir dazu, uns der Internationale anzuschließen. (Lebhafter Beifall links.) Geschichtliche Notwendigkeiten haben uns zur Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats geführt. Die Frage, ob wir die Revolution erst dann verwirklichen können, wenn alle Proletarier organisiert sind, muß endgültig überwunden sein. Wir leben in einer Zeit, in der sich die Ereignisse überfließen und die Entwicklung mit Riesenschritten vorwärts eilt. Die fürchterlichen wirtschaftlichen Zustände ergänzen die politische Erziehungsarbeit. Notwendig ist, daß aus dem aufklärten Teil des Proletariats ein Vortrupp geschaffen wird. In westeuropäischen Ländern ist der kommunistische Aufbau leichter bei der hochkapitalistischen Entwicklung als im Osten. Aber heute handelt es sich um die zu erkämpfende politische Macht. Es ist jetzt die Zeit gekommen, wo jeder denkende Marxist Kommunist werden muß. Die Klarheit in unserer Partei ist um so notwendiger, als in unserer Partei sehr verschiedene Richtungen heimsuchen sind, die besonders im Anfang nur durch das Motto „Krieg dem Kriege“ zusammengehalten wurden. Das gilt besonders von der großen Anzahl von Sozialpassifisten, die wir in unseren Reihen haben. Daß wir die zuströmende Masse nicht zu klassenbewußten Kämpfern machen konnten, ist eine bedauerliche Tatsache. Daran trägt auch Schuld, daß in der Partei keine genügende Klarheit über die Kernfrage war, wie die Parteitage zur Genüge bewiesen haben. Redner kommt dann nochmals auf den Rapp-Buch zu sprechen, von dem er ausführt, daß er die U. S. P. in günstiger Situation angetroffen habe, weil der Bankrott Roskes auch der Bankrott Legiens war. Redner wendet sich dann gegen den Vorwurf, daß die Linke die Räterepublik ausruhen wollte. Die Räterepublik ruft man nicht aus, sie erkämpft man, die Räterepublik... (Die weiteren Ausführungen gehen unter in heiteren Beifallsstürmen der Rechten. Zu Tumulten kommt es, als Ledebour dann ruft: „Mann, kommen Sie doch zu den Bedingungen!“ Minutenlang lärmt begleitet diese Worte und jeder Versuch des Präsidenten, durch heftiges Glöckenschwingen die Ruhe wieder herzustellen, scheitert.) Nachdem es dem Präsidenten schließlich doch gelungen ist, beendet der Redner seine Ausführungen.

Ledebour teilt mit, daß die Regierung die russische Gewerkschaftsdelegation ausweisen wolle. Auf unsere Bemühungen beim Auswärtigen Amt wurde zunächst eine eingehende Antwort gegeben. Heute nun hat Genosse Lojowsky ein Telegramm erhalten, daß die Frist am 14. Oktober abgelaufen ist und nicht verlängert werden kann. Ich gebe dem Genossen Lojowsky den Rat, unter keinen Umständen die Frist innezuhalten, sondern auf alle Fälle hier zu bleiben.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag vor, unsere russischen Genossen noch durch eine sofort an das Auswärtige Amt gehende Resolution zu unterstützen. Die Annahme der Resolution wurde mit stürmischem Beifall begrüßt.

Arbeiterbewegung.

Die Knappschafswahlen im Wurmrevier. Wie der Volksfreund meldet, haben die Knappschafswahlen im Wurmrevier eine Mehrheit für den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter ergeben. Aus 48 von insgesamt 57 Wahlbezirken ließen die Ergebnisse vor. Danach entfallen auf den christlichen Gewerkschaftsverein 32, auf den Bergarbeiterverband 18 und auf die Syndikalisten 8 Bezirke.

Reich und Ausland.

Ministertrauung mit Hindernissen. Wie wir jetzt erfahren, war die Trauung des Ernährungsministers Dr. Herms mit der Nichte des Zentrumsgesetzten Erimborn, die vor einigen Tagen in der Steglitzer katholischen Kirche stattfand, von einer eigenartigen kleinen Demonstration begleitet. Während der Trauung hatten sich draußen empörte Hausfrauen eingefunden, die mit der lebensmittelverwertenden Politik des Ernährungsministers, wie die meisten städtischen Hausfrauen, höchst unzufrieden sind. Sie begleiteten den kirchlichen Vorgang mit erregten und nicht immer salonsfähigen kritischen Bemerkungen über die Wirtschaftspolitik des Herrn Herms. Diefem erschien die Situation so kritisch, daß er die Kirche durch eine Hintertür verließ, um mit seinem Auto schnellstens davonzufahren. Seine bekannte Autoanschaffung aus Mitteln der Dünge mittel-Ausgleichskasse hat sich also bezahlt gemacht.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 18. Oktober.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		18. Okt.	12. Okt.
Holland	100 fl.	2092 1/2	2105
Kopenhagen	100 Kr.	987 1/2	947 1/2
Stockholm	100 Kr.	1322 1/2	1337 1/2
Kristiania	100 Kr.	925	932 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	185	185
Schweiz	100 Frs.	1072 1/2	1082 1/2
Wien (alt)	100 Kr.	—	—
do. (neu)	100 Kr.	26 1/2	25
Budapest	100 Kr.	—	—
Brag	100 Kr.	89 1/2	88 1/2
Spanien	100 Pesetas	977 1/2	977 1/2
London	1 £	236 1/2	238
Paris	100 Frs.	444 3/4	447 1/2
Belgien	100 Frs.	472	472 1/2
Italien	100 Lire	272 1/2	280
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausg. 1 Doll.		67 1/2	68 1/2
do. briefl. Ausg. ob. Sched.		67 1/2	68 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit	Lage	Stb.
Angekommen am 13. Oktober.							
D.		Bhönitz	Sörensen	Rolding	1		
D.		Kommerzienrat	Boedel	Mumm	Oxelöfund	2	



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
beseitigt schnell, sicher, schmerzlos
Kukrol 100000 facht bewährt
Preis M. 3 in Apotheken und Drogerien erhältlich